



16. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld vom Mittwoch, 21. August 2024

Ort	Grosser Bürgersaal im Rathaus
Zeit	18.00 bis 20.40 Uhr
Vorsitz	Hanspeter Gubler, Gemeinderatspräsident
Mitglieder	Parwin Alem Yar, Lisa Badertscher, Fabio Bergamin, Alessandra Biondi, Elio Bohner, Priska Brenner-Braun, Niklaus Briner, Reto Brunschweiler, Stefan Eggimann, Nathalie Fäh, Roman Fischer, Pascal Frey, Daniel Geeler, Robin Goldinger, René Gubler, Samuel Kienast, Ruth Krähenmann, Felix Kübler, Samuel Kunz, Tobias Lenggenhager, Christian Mader, Klaudia Peyer, Luc Pizzini, Fatmir Sanakosi, Christian Schmid, Beda Stähelin, Christoph Tobler, Annina Villiger Wirth, Stefan Vontobel, Susanne Weibel Hugentobler, Roland Wetli, Nico Stucki, Kathrin Widmer Gubler, Christa Zahnd
Protokoll	Mathias Frei, Gemeinderatssekretär
Mitanwesend	Stadtpräsident Anders Stokholm, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadträtin Regine Siegenthaler
Entschuldigt	Ivo Begic, Claudio Bernold, Stefan Leuthold, Christoph Regli, Roland Wyss, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler

Traktanden

- 78 Mitteilungen
- 79 Protokoll der Sitzung vom 12. Juni 2024
- 80 Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 2024
- 81 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Anita Bernhard-Ott, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 82 Ersatzwahl eines Mitglieds der Flurkommission für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Anita Bernhard-Ott, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 83 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Lisa Huber, Fraktion SVP/EDU)
- 84 Motion betreffend «Bericht zur Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung Frauenfeld» von Gemeinderat Stefan Vontobel und Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit, eventuell Zuweisung
- 85 Interpellation betreffend «Hürdenabbau bei Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz» von alt Gemeinderat Ralf Frei und alt Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott
Evtl. Diskussion
- 86 Botschaft Nr. 18 «Kredit Antrag für die Unterstützung des alle drei Jahre stattfindenden Mitsommerfests in der Höhe von jährlich wiederkehrenden durchschnittlichen finanziellen Leistungen von 100'000 Franken»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Einleitung

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Medienvertretende, ich darf Sie zur 16. Sitzung der neuen Legislatur begrüessen. Es ist die Sitzung nach den grossen Sommerferien. Ich hoffe, Sie konnten alle erholsame Tage geniessen. So können wir alle erholt die heutige Sitzung abhalten. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, friedliches Debattieren und Ihnen, geschätztes Publikum, eine spannende Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglement für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Es sind 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

Das Büromitglied Roland Wyss ist abwesend. Wir brauchen deshalb einen Ersatz im Ratsbüro.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Wir schlagen Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen vor.

Abstimmung

Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme für die heutige Sitzung als Büromitglied gewählt.

78 Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Die heutige Sitzung ist die erste für Gemeinderat Felix Kübler, Gemeinderat Fatmir Sanakosi und Gemeinderat Nico Stucki. Ich begrüesse euch ganz herzlich im Rat und wünsche euch einen guten Einstieg und viel Freude an der Ratsarbeit.

Die Gemeinderäte Pascal Frey und Roman Fischer haben als Mitunterzeichnende die für heute traktandierte Interpellation betreffend «Hürdenabbau bei Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie und zur Verbesserung der Energieeffizienz» offiziell und von den alt Gemeinderatsmitgliedern Anita Bernhard-Ott und Ralf Frei übernommen. Gemäss Art. 56 des Geschäftsreglement für den Gemeinderats muss ein Vorstoss innert Monatsfrist nach Ausscheiden des letzten einreichenden Mitglieds von einem mitunterzeichnenden Mitglied übernommen werden. Ansonsten gilt der Vorstoss als erledigt.

Die Fraktionspräsidenten sind vorgängig von der Fraktionspräsidentin CH/Grüne/GLP informiert worden, dass für die Interpellation Diskussion beantragt wird.

An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:

- Aktuelle Sitzungsordnung
- Aktuelle Adressliste.

Bitte kontrollieren Sie Ihre Angaben. Änderungen sind an den Gemeinderatssekretär Mathias Frei zu richten.

Die Referendumsfrist zum Gasreglement, verabschiedet am 29. Mai 2024, ist am 9. Juli 2024 ungenutzt abgelaufen.

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 174 vom 2. Juni 2024 hat der Stadtrat den Rücktritt von Wahlbüromitglied Lisa Huber genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.

Mit Beschluss Nr. 175 vom 2. Juli 2024 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Sicherheit und Kriminalität in Frauenfeld» der Gemeinderäte Reto Brunschweiler, Claudio Bernold und Robin Goldinger zur Beantwortung dem Departement für Finanzen und Zentrales zugewiesen.

Mit Beschluss Nr. 176 vom 2. Juli 2024 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Amtliches Publikationsorgane» der Gemeinderätinnen Anita Bernhard-Ott und Nathalie Fäh zur Beantwortung dem Departement für Finanzen und Zentrales zugewiesen.

Mit Beschluss Nr. 187 vom 16. Juli 2024 hat der Stadtrat die Ersatzwahl von Nico Stucki in den Gemeinderat per 1. August 2024 genehmigt.

Mit Beschluss Nr. 189 vom 16. Juli 2024 hat der Stadtrat die Beantwortung der Motion betreffend «Senkung der finanziellen Hürden bei der Einbürgerung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen» in der 2. Lesung verabschiedet.

Mit Beschluss Nr. 197 vom 13. August 2024 hat der Stadtrat den Rücktritt des Wahlbüromitglieds Adrian Hofer per 31. August 2024 genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.

79 Protokoll der Sitzung vom 12. Juni 2024

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Das Protokoll der Sitzung vom 12. Juni 2024 wurde am 8. August 2024 im Dossierbrowser aufgeschaltet und ist für die heutige Sitzung zur Genehmigung traktandiert. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sind Sie damit einverstanden oder wünscht jemand eine Abstimmung? – Da sich niemand meldet, ist das Protokoll somit stillschweigend genehmigt.

80 Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 2024

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Das Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 2024 wurde am 8. August 2024 im Dossierbrowser aufgeschaltet und ist ebenfalls für die heutige Sitzung zur Genehmigung traktandiert. Auch hier sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sind Sie damit einverstanden oder wünscht jemand eine Abstimmung? – Da sich niemand meldet, ist das Protokoll somit stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten ganz herzlich für die Protokolle.

81 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Anita Bernhard-Ott, Fraktion CH/Grüne/GLP)

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Die Fraktion CH/Grüne/GLP hat das Vorschlagsrecht für den Ersatz von Anita Bernhard-Ott, die aus der GPK Bau und Werke zurückgetreten ist.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Als Nachfolgerin von Anita Bernhard-Ott für die GPK Bau und Werke für

den Rest der Legislatur schlagen wir Ihnen Tobias Lenggenhager vor. Sie wurden vom Ratssekretär bereits darüber informiert. Tobias Lenggenhager sitzt bereits seit einer Weile bei uns im Rat, führt das Co-Präsidium der CH zusammen mit Anita Bernhard-Ott und ist von Beruf Architekt, also bestens geeignet für dieses Amt. Wir bitten Sie, ihm die Stimme zu geben.

Abstimmung

Gemeinderat Tobias Lenggenhager wird einstimmig bei eigener Enthaltung für den Rest der Legislatur als Mitglied der GPK Bau und Werke gewählt.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Ich gratuliere dir ganz herzlich zur Wahl und wünsche dir einen guten Einstieg in die GPK-arbeiten.

82 Ersatzwahl eines Mitglieds der Flurkommission für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Anita Bernhard-Ott, Fraktion CH/Grüne/GLP)

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Auch hier hat die Fraktion CH/Grüne/GLP das Vorschlagsrecht für den Ersatz.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion

CH/Grüne/GLP: Auch hier haben wir uns für die gleiche Person, Tobias Lenggenhager, aus vorhin genannten Gründen entschieden. Er ist bestens geeignet. Auch hier danken wir Ihnen für das Vertrauen.

Abstimmung

Gemeinderat Tobias Lenggenhager wird einstimmig bei eigener Enthaltung für den Rest der Legislatur als Mitglied der Flurkommission gewählt.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Herzliche Gratulation auch zu dieser Wahl.

83 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Lisa Huber, Fraktion SVP/EDU)

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Die Fraktion SVP/EDU hat das Vorschlagsrecht für den Ersatz von Lisa Huber, die aus dem Wahlbüro zurückgetreten ist.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir schlagen Ihnen Nathalie Briner vor, wohnhaft an der Talbachstrasse 8. Sie hat die Matura gemacht und ist nun in der Ausbildung zur Maurerin und zum Zählen im Wahlbüro bestens geeignet. Ich bitte Sie, unserem Vorschlag zu unterstützen.

Abstimmung

Nathalie Briner wird einstimmig bei einer Enthaltung (ihres Vaters) für den Rest der Legislatur als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Ich gratuliere Nathalie Briner zur Wahl und wünsche ihr einen guten Start.

84 Motion betreffend «Bericht zur Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung Frauenfeld» von Gemeinderat Stefan Vontobel und Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): An der Gemeinderatssitzung vom 18. Januar 2023 haben die Gemeinderäte Stefan Vontobel und Kathrin Widmer Gubler eine Motion betreffend «Bericht zur Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung Frauenfeld» eingereicht. Die Motion wurde durch den Stadtrat am 26. März 2024 beantwortet. Der Stadtrat beantragt in seiner Beantwortung an den Gemeinderat, die vier Anträge in der Motion für erheblich zu erklären. Es ist unsere Aufgabe, im Rat zu debattieren, ob wir den Anträgen des Stadtrats folgen möchten.

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im Namen der Motionäre:

Zur Ausgangslage: Im Januar 2023 haben Stefan und ich zusammen mit 23 mitunterzeichnenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäten die Motion zur Erstellung eines Berichts zur Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung Frauenfeld mit vier Anträgen eingereicht. Unser Ziel war und ist, eine Übersicht über die gebundenen und ungebundenen Ausgaben und ihre Rechtsgrundlagen zu erhalten, um damit eine gemeinsame Basis für unsere Diskussionen im Rat zu haben.

Wo stehen wir heute? Die Beantwortung des Stadtrats liegt vor. Er beantragt Erheblichkeit der Motion in allen Punkten.

Die Ausführungen und Erwägungen der stadträtlichen Antwort sind sehr weitreichend. Mit Überlegungen der Methoden des New Public Managements sowie der wirkungsorientierten Verwaltungsführung hat der Stadtrat für nachvollziehbare Diskussionen in den Fraktionen gesorgt. Die Erwägungen gehen auf den ersten Blick tatsächlich über das Motionsanliegen hinaus. Bei zweifacher Lektüre stellt man aber fest, dass der Stadtrat nur zwei Seiten derselben Medaille beleuchtet. Im Zuge der Verantwortung hat er sich mit den Anliegen auf parlamentarischer Seite und mit den Anliegen auf Seite Exekutive/Verwaltung auseinandergesetzt.

Lassen Sie mich ganz kurz darlegen, mit welchem Ziel Stefan und ich diese Motion eingereicht haben und warum sich die Anträge 1 bis 4 der stadträtlichen Antwort mit unseren Motionsanliegen decken.

Die Stadt Frauenfeld steht finanziell vor beträchtlichen Herausforderungen. Steigenden Ausgaben, steigendem Finanzbedarf und steigenden Abschreibungen stehen gleichzeitig stagnierende Einnahmen, ein hinter den Erwartungen zurückbleibendes Bevölkerungswachstum und ein unter dem kantonalen Durchschnitt liegendes Steueraufkommen gegenüber. Diese ungünstigen Umstände führen in der Konsequenz zu einem strukturellen Defizit und langfristig zu einer Gefährdung des Haushaltsgleichgewichts. Hinzu kommt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Frauenfeld diesen Sommer eine Steuererhöhung an der Urne klar abgelehnt haben. In der Konsequenz heisst das, dass wir als Gemeinderat unseren Haushalt nur über die Ausgaben steuern können. Auf der Einnahmenseite haben wir keinen Spielraum. Dies hat der Souverän klargemacht. In der Konsequenz heisst das weiter, dass wir eine Übersicht über die gebundenen und ungebundenen Ausgaben und ihre Rechtsgrundlagen brauchen. Wir brauchen ein Beurteilungsinstrument mit einem Mindestmass an Substanz, um die uns in Art. 31 der Gemeindeordnung übertragenen finanziellen Befugnisse verantwortungsvoll wahrnehmen zu können. Wenn wir 120 Einheiten ausgeben wollen, aber nur 100 Einheiten zur Verfügung haben, dann müssen wir wissen, wo wir Manövriermasse haben und wo nicht. Nur so können wir limitierte Mittel wirkungsvoll und nachhaltig allozieren. In der Konsequenz heisst

das schlussendlich, dass wir nur mit der Klärung der Erheblichkeit die Grundlage für fundierte Diskussionen zum Budget und zur Kreditbotschaft im Rat erhalten.

Um was geht es eigentlich im Kern? Es geht ganz grundsätzlich um Verantwortung. Wir sind heute Abend alle miteinander aus zwei Gründen hier: Wir sind hier, weil wir alle in Frauenfeld leben. Wir alle leben in Frauenfeld, weil Frauenfeld offenbar von allen Orten, wo wir leben könnten, der für uns beste und attraktivste Wohn- und Lebensort ist. Und wir alle sind hier als gewählte Volksvertreter. Wir sind hier, weil der Souverän uns die Verantwortung übertragen hat, seine Interessen und Anliegen wahrzunehmen, und weil er uns vertraut, dass wir miteinander Lösungen und Kompromisse finden, die ein attraktives Frauenfeld für möglichst alle ermöglicht. In einer halbdirekten Demokratie kann das Volk aber auch direkt über Sachfragen entscheiden. Und das Volk hat im Sommer entschieden, dass es keine Steuererhöhung und damit keinen Staatsausbau will. Es ist also unsere Verantwortung, die limitierten finanziellen Mittel so einzusetzen, dass wir Frauenfeld als attraktiven Wohn-, Arbeits-, Lern- und Lebensraum für alle weiterentwickeln können.

Wenn wir die uns übertragene finanzielle Verantwortung wahrnehmen wollen, dann brauchen wir eine Übersicht über die gebundenen und ungebundenen Ausgaben und ihre Rechtsgrundlagen. Wir müssen wissen, wo wir bei den Ausgaben Spielraum haben. Wir werden Frauenfeld voranbringen und in eine nachhaltige Zukunft führen. Ich hoffe, Sie wollen das auch.

Im Kern seiner Antwort hat der Stadtrat klargemacht, dass er bereit ist, finanzielle Führungsverantwortung zu übernehmen. Wenn der Bericht gemäss Antrag 1 darüber hinaus die Grundlage für weitergehende Überlegungen und Arbeiten in der Exekutive und der Verwaltung zur finanziellen Führung der Stadt bildet, umso besser.

Was passiert, wenn wir die Erheblichkeit ablehnen? Dann ändert sich auf den ersten Blick nichts. Dann machen wir einfach weiter wie in den letzten Jahrzehnten. Wir schlafwandeln von Budget zu Budget. Aber es ist eben nicht alles gleichgeblieben und es ist nicht alles wie bisher. Wir leben nicht mehr in Zeiten von Wirtschaftswachstum und Tiefstzinsen, wo sich die Stadt ohne Gedanken an die langfristige Finanzierbarkeit sehr viel leisten konnte. Sie alle lesen Zeitungen: Die Indikatoren stehen nicht auf Schönwetter, sondern eher auf Sturm. Wenn wir das Haushaltsgleichgewicht im Lot halten wollen, dann brauchen wir Navigationshilfen für informierte Entscheide. Lassen Sie uns diese Chance nicht verpassen.

Stefan und ich beantragen Ihnen, dem Stadtrat zu folgen und den Anträgen 1 bis 4 zuzustimmen. Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen herzlich.

Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Motionärin hat es bereits erwähnt, die vorliegende Beantwortung ist sehr umfassend. Das hat sich auch in Diskussionen mit verschiedenen Gemeinderatsmitgliedern gezeigt. Es wurden Befürchtungen geäussert, dies führe zu einem uferlosen Bericht und das Resultat sei geprägt von vielen Fragezeichen. Ich möchte hier nochmals klar zum Ausdruck bringen, die Motionäre streben keine Verwaltungsreform an. Noch wollen wir ein Globalbudget einführen. Auf den Punkt gebracht: Wir wollen eine Leistungsüberprüfung mit dem Ziel, Klarheit zu haben, welche Aufgaben gebunden sind und welche nicht. Oder anders gesagt, dem Gemeinderat ein wirkungsvolles Beurteilungsinstrument für das Budget in die Hand geben. Was tun wir und warum tun wir das? Wenn der Bericht, die Motionärin hat es bereits gesagt, dem Stadtrat Grundlagen liefert, um neue Instrumente zu prüfen, umso besser. Dann wäre der Bericht für Parlament und Exekutive von Nutzen. Im Kern geht es darum, ein Instrument zu haben, welches es dem Gemeinderat ermöglicht, seine Aufgabe wahrzunehmen. In der Gemeindeordnung steht in Art. 31 unter Befugnisse an erster Stelle «Beratung und

Genehmigung des jährlichen Voranschlags der Gemeinde mit dem Steuerfuss». Das ist also eine der wichtigsten Aufgaben des Gemeinderats, wenn man die Rangfolge nimmt. Und genau diese Aufgabe müssen wir doch so wirkungsvoll wie möglich umsetzen, nämlich den Budgetvorschlag zu prüfen und kritisch zu hinterfragen.

Wir alle wissen aus eigener Erfahrung, dass das Budget eine monströse Aufgabe ist. Die Komplexität ist hoch, die Herausforderung, die Ausgaben und deren Konsequenzen richtig zu interpretieren, anspruchsvoll. Das letzte Budget umfasste 487 Seiten – ohne Geschäftsbericht. Und genau hier setzt die Motion an. Nämlich bei der Beurteilung und Entscheidungsfindung zu differenzieren, wo wir Spielraum haben und wo uns die Hände gebunden sind. Der Stimmbürger hat eine klare Ansage gemacht. Budget ja, Steuerfuss nein. Jetzt sind wir gefordert. Die Gretchenfrage ist nur: Wo sollen wir beginnen? Bei der Budgetrückweisung wurde die Nachhaltigkeit des Sparauftrags hinterfragt, und verschiedene kritisierten, dass am falschen Ort gespart werde. Sparen heisst kürzen, und das leider auf Kontostufe. Und genau hier liegt der Knackpunkt. Stadträtin Barbara Dätwyler hat in der Dezembersitzung gesagt, sie könne über den Sparauftrag für ihr Departement nur den Kopf schütteln. Die Kürzung der Honorare würde den gestarteten Prozess im Amt für Gesellschaft und Integration unterbrechen und deutlich verlangsamen. Beim Amt für Soziale Dienste gäbe es gesetzliche Vorschriften. Aber was heisst das jetzt? Wer hat dies festgelegt? Und wie lautet der Rechtstitel, der diese Aufgabe definiert? Klar ist, sind es Aufgaben des Bundes oder des Kantons, ist unser Handlungsspielraum stark eingeschränkt. In diesem Fall stellt sich dann nur noch die Frage der Effizienz. Wir können nicht darüber diskutieren, warum wir etwas machen, sondern höchstens darüber, wie wir es machen.

Anders bei den Aufgaben und Ausgaben, die wir uns als Stadt selbst auferlegt haben. Unsere Aufgabe ist es, diese Ausgaben zu beraten und zu genehmigen, wie ich gesagt habe, nach Art. 31. Das Wie ist dann die Aufgabe des Stadtrats.

Wie bereits angetönt, ist die Beantwortung weiter gefasst, als der Auftrag der Motion das im Text vorsieht. Wenn man sich die Ausführungen in der Beantwortung auf Seite 7 zu den gebundenen und ungebundenen Ausgaben und zu Schwierigkeiten der Klassifizierung anschaut, dann hat es das in sich. Die Gemeindeordnung legt unter dem Titel Finanzhaushalt fest, dass nach Art. 56b sich aus gebundenen Ausgaben rechtliche Verpflichtungen der Stadt ergeben.

Nehmen wir exemplarisch die Kontogruppe 2130 Immobilien Verwaltungsvermögen. Es geht uns in der Motion nicht darum, Klarheit zu haben, ob das Konto 3021.03 Heizung und Gas, das in dieser Kontogruppe existiert, in dieser Kontogruppe gebunden oder ungebunden ist. Dies muss sich konsequenterweise aus der Kontogruppe ergeben. Wenn diese Ausgabe sich auf eine gebundene Aufgabe stützt, sind für die Aufgabe entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Kontogruppe 2132 Landkreditkonto: Hier gibt es ein Reglement der Stadt über die Bodenpolitik. Sind diese Ausgaben jetzt gebunden oder nicht? Hierzu sollte der Bericht Klarheit schaffen.

Oder die Kontogruppe 2400 Zentrale Dienste Amt für Tiefbau und Verkehr (ATV). Es liegt die Vermutung nahe, dass diese Ausgabe aus organisatorischen Gründen so dargestellt wird. Der Kernauftrag im Departement aber liegt im Bau der Strassen und Bewilligungen von Hochbauten. Auch hier kann eine Ableitung gemacht werden, dass die Zentralen Dienste nicht direkt eine Rechtsgrundlage haben, aber einen gesetzlichen Auftrag erfüllen. Nur welchen? Ich könnte weitere Beispiele nennen, die erwähnten sind ohne Absicht und willkürlich gewählt.

Wir betreiben einen hohen Detaillierungsgrad mit HRM2. Sie wissen das, wissen aber nicht in letzter Konsequenz, wer die Aufgabe respektive die Ausgabe auslöst. Bund, Kanton oder Stadt? Wir sind uns bewusst, dass eine messerscharfe Trennung bei den einzelnen Positionen sehr schwierig ist. Wir haben das auch klar bei den Gesprächen mit der Stadt zum Ausdruck gebracht. Ein Bericht, erstellt nach der 80/20-Regel, reicht uns.

Im Budget beschliessen wir Ausgaben in der Höhe von 90 Mio. Franken. Und wenn ich mir Diskussionen zuweilen vorhalte, stelle ich fest, dass hier in diesem Rat über Beträge von 5'000 Franken oder 10'000 Franken debattiert wird oder sogar über einen zu ersetzenden Vorhang in der Festhütte. Letztlich wissen wir aber nicht, warum wir diese Ausgaben tätigen, respektive was der Auftrag hierzu ist. Deshalb stimmt die Fraktion FDP einstimmig für eine Erheblichkeit der Motion mit der Forderung, den Bericht auf das geforderte Mass der Motion zu reduzieren. Der Bericht soll für die parlamentarische Arbeit als Entscheidungshilfe nutzbar sein. Wenn er darüber hinaus als Grundlagenpapier für weitergehende Überlegungen zu New Public Management, ansetzend in der Exekutive und der Verwaltung dienen kann, dann begrüssen wir das im Sinne der Nachhaltigkeit. Über die Zustimmung zur Erheblichkeit der Motion der anderen Fraktionen würden wir uns freuen.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion SVP/EDU will eine lebenswerte Stadt Frauenfeld, wo gern gewohnt und gearbeitet wird. Damit Menschen gern in Frauenfeld leben und/oder arbeiten wollen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Nicht immer sind die Themen und Forderungen, welche von Hochschulstudien und Statistikern kommen und von denen, die am lautesten brüllen und fordern, auch die Bereiche, welche die Attraktivität einer Stadt erhalten. Denn die trendigen Massnahmen kosten viel Geld, und das über Jahre hinweg. Da hat auch Frauenfeld zu viel mitgemacht. Dass die Medien diese Aufgaben und Leistungen gern noch aufbauschen und als Must-have verklickern, erhöht den Druck auf die Stadt und braucht an den Schaltstellen kühle Köpfe und geradlinige Entscheidungsträger.

Wir stehen heute an einem Punkt, wo wir prüfen müssen, was wir uns leisten können. Unsere Stadt Frauenfeld hat viel zu bieten, auch wenn die Leistungen, die Private gleich gut oder besser erfüllen können, abbauen und bei Bedarf Private diese übernehmen. Natürlich kommt in diesem Fall die Eigenverantwortung ins Spiel, dass bezogene Leistungen nach dem Verursacherprinzip abgegolten werden. Durch grosszügige Sozialabzüge findet aber auch hier bereits heute eine Abfederung statt. Die Sorge um den städtischen Finanzhaushalt beschäftigt die Fraktion SVP/EDU seit Jahren. Grosszügig wurden an den Budgetdebatten der vergangenen Jahre die meisten Anträge aus unseren Reihen abgeschmettert. Die steigenden Ausgaben, die stagnierende Einnahmenseite und das unweigerlich daraus entstehende Defizit sind seit Jahren offensichtlich. Die geplanten Investitionen erhöhen den Finanzbedarf und haben letztlich die Zunahme der Abschreibungen bedeutet.

Der Auftrag der vorliegenden Motion: Sie verlangt, das Sparpotenzial der Stadt Frauenfeld aufzuzeigen. Ziel ist es, sobald als möglich ausgeglichene Stadtfinanzen zu erhalten, und ein Bericht, der über die gebundenen Ausgaben, die kurz- und mittelfristig bestehen, aufklärt und auf welcher Rechtsgrundlage sie sich stützen. Weiter die Information, für welche ungebundenen Ausgaben die Stadt Geld ausgibt.

Die stadträtliche Antwort auf die Motion ist sehr umfassend und mit mehreren Aspekten vermischt, die aus unserer Sicht eine effiziente Analyse der Motionsfragen erschweren. Die weitergehenden Betrachtungen über Finanzstrategien und Massnahmen sind aus unserer Sicht kein Teil des Berichts, den wir fordern, wenn die Motion heute erheblich erklärt wird. Wir wollen keine Verwaltungsreform anstossen. Die sogenannte integrierte Aufgaben- und

Finanzplanung dient der nachhaltigen und proaktiven Steuerung der Aufgaben. Dies kann für die Zukunft ein Ansatz sein, als übernächster Schritt, hat aber kurzfristig für die dringend anstehenden Sofortmassnahmen eine kleine oder keine Priorität.

In der Beantwortung schreibt der Stadtrat, dass bei den Begriffen der ungebundenen und gebundenen Ausgaben weder rechtlich noch praktisch eine scharfe Abgrenzung zwischen diesen Ausgabekategorien möglich ist. Fakt sei, dass die Klassifizierung in gebunden und ungebunden eine Momentaufnahme sei. Eine neue und ungebundene Ausgabe kann sich in eine gebundene Ausgabe wandeln, indem zum Beispiel mehrjährige Verträge abgeschlossen werden und die Ausgabe in dieser Zeit als gebunden angesehen werden muss. In diesem Fall handelt es sich aus der Sicht der SVP/EDU aber um bewusst getätigte Mehrausgaben, die, so fordern wir, durch den Gemeinderat zu bewilligen sind. Weiter zeigt der Stadtrat auf, dass die zeitliche Klassifizierung der gebundenen Ausgaben eine Regelung ist, die spezifisch für Frauenfeld definiert worden ist. Ob solche Insellösungen in einem derart unübersichtlichen Konstrukt mit gebundenen und ungebundenen Ausgaben Sinn machen, bezweifeln wir stark. Unsere Fraktion will durch die Steuerung von Aufgaben und Leistungen Ziele definieren, die eine rasche Veränderung und dringend nötige Entlastung für das Budget unserer Stadt bringen. Deshalb unterstützen wir die Motionsanliegen, welche ich hier nochmals in Erinnerung rufen will. 1. Analyse von kurz- und mittelfristigen gebundenen Ausgaben; 2. ungebundene Ausgaben; 3. neue Aufgaben; 4. die Legislatorschwerpunkte. Das ist der Auftrag an den Stadtrat/die Stadtverwaltung und nicht mehr. Die Fraktion SVP/EDU ist für Erheblicherklärung der Motion im Sinne der gestellten Motionsfragen, wie ich sie eben wiederholt habe. Der Antrag 1 in der Beantwortung ist niederschwellig zu behandeln. Wir wollen nicht seitenweise über Finanzstrategien und Führungsinstrumente informiert werden. Wir erwarten im geforderten Bericht eine schlanke, aussagekräftige Übersicht als Grundlage für die weiteren Schritte in der Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung, wie es die Anträge 2 und 4 in der Beantwortung ausführen.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Ich muss schon sagen, in meiner fast zehnjährigen Tätigkeit im Gemeinderat habe ich in der Fraktionsarbeit noch nie so etwas erlebt. An unserer Fraktionssitzung zur Beantwortung dieser Motion haben wir uns gegenseitig angeschaut und uns gefragt, ob eigentlich die anderen die Beantwortung dieser Motion verstanden hätten. Niemand von uns hat sie ganz im Detail begriffen, dies trotz mehrmaligem Durchlesen. Besonders der Abschnitt über die IAFP ist uns nicht ganz klar geworden. Das spielt aber nicht so eine Rolle, da es sich hier ja nur um einen Vorschlag handelt. Falls dieses Bekenntnis von mir den Verdacht in Ihnen bestätigt, dass Sie schon immer gedacht haben, der IQ in der Fraktion Die Mitte/EVP sei eher etwas gering, darf ich Ihnen sagen, wir haben schon einiges verstanden. Wir haben zum Beispiel verstanden, dass das Erstellen der geforderten Auflistungen aufwendig ist und einen unklaren Erkenntnisgewinn verspricht, da verschiedene Begriffsabgrenzungen unscharf und die Kosten der Aufgaben auf verschiedene Positionen verteilt sind. Wir haben auch verstanden, dass der Stadtrat willens ist, das Anliegen aufzunehmen und sich bemüht zeigt, Antworten zu liefern und Massnahmen zu ergreifen. Weiter haben wir verstanden, dass auch der Stadtrat es für notwendig erachtet, dass Grundlagen geschaffen werden, auf denen Entscheidungen zu unverzichtbaren und verzichtbaren Aufgaben der Stadt gefällt werden können. Dann machen wir das halt in einer vernünftigen Flughöhe und deshalb ohne Preisetikett bei den einzelnen Aufgaben, weil wir entscheiden müssen, und dafür benötigen wir Grundlagen. Die Listen können zumindest dabei helfen, die richtigen Fragen zu stellen.

Der Vorschlag, mit der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung ein neues Führungsinstrument zu schaffen, scheint uns aber eine eher zu grosse und aufwändige Kiste

zu sein. Da sind wir eher skeptisch, aber falls das durchgezogen und vorgeschlagen würde, würden wir darüber informiert.

Wir haben also genug verstanden, dass ein Grossteil unserer Fraktion die Motion für erheblich erklären wird. Dies mit der Erwartung, dass der Stadtrat mit vertretbarem Aufwand innert der vorgeschriebenen sechs Monate die geforderte Liste in Flughöhe vorlegen wird, die zumutbar und auch in dieser Zeit machbar ist. Verbunden mit der Hoffnung, dass unsere Fraktion das Resultat dann verstehen wird.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir sprechen im Rahmen der Legislative seit mehreren Jahren und kontinuierlich von den Kosten der Stadtverwaltung Frauenfeld. Es steht mehrheitlich ausser Diskussion, dass in Frauenfeld die Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen auf operativer Ebene nicht ganz stimmt. An dieser Stelle aber unbewertet, ob die eine Seite zu tief oder die andere Seite zu hoch sei. Daher hat die Motion grundsätzlich absolut in die richtige Kerbe geschlagen. Dass es der Stadtrat versäumt hat, diese Motion schneller zu bearbeiten und so möglicherweise den Druck aus dem Kessel frühzeitig entweichen zu lassen, ist leider nicht von der Hand zu weisen. Ich habe aufgegeben zu zählen, wie oft diese Motion in den letzten 20 Monaten genannt wurde. Aber 20 Monate sind einfach zu lange. Unabhängig davon, ob man den Austausch mit den Motionären gesucht hat oder nicht. Denn auch der Rest des Rats hat ein Anrecht darauf, dass solche Themen vorangetrieben werden. Die Wichtigkeit ist offensichtlich.

Die Motionsantwort ist aus unserer Sicht inhaltlich ganz gut gelungen und mehrheitlich ausgewogen formuliert. Viele der darin angekündigten Massnahmen wie die Umstrukturierung des Budgetierungsprozesses oder die Erörterung zu einer integrierten Aufgaben- und Finanzplanung sind grundsätzlich nachvollziehbar. Ob Letzteres zu verfolgen wäre, wäre jedoch separat nochmals zu diskutieren. Die dort entstehenden Kosten müssten dem zweifelsohne vorhandenen Nutzen dennoch gegenübergestellt werden können. Das eine angeführte Beispiel, westlich von uns gelegen, zeigt nämlich auch, dass es offenbar kein Allheilmittel ist.

Zu den ursprünglichen Forderungen: Die eigentliche Anforderung, die Ausgaben nach Ausgabenart zu klassifizieren, gibt es schon im Budget, und dann mit Rechtstiteln zu belegen, ist in diesem Kontext nicht zielführend, wie der Stadtrat sehr gut ausführt. Gerade deshalb, da die Klassifizierung durchaus Streitbar ist und dies aber auch bleiben wird, egal wie viel Aufwand und von wem dafür hineingesteckt wird. Die genannten Beispiele der Vorredner zeigen dies übrigens bestens, dass es eben nicht so funktionieren würde. Daher eignet sich dies nicht als Mittel zur Aufdeckung von Sparpotenzial. Die Bemühungen, die damit verbunden sind, könnten somit sinnvoller investiert werden, insbesondere wenn wir uns damit für eine Streichungsschlacht im nächsten Budget wappnen sollen. Dass dies hinter dem Anliegen steht, ist leider nur allzu gut ersichtlich. Die Erwägungen des Stadtrats dahingehend, eine nachhaltige Steuerungs- und Planungslösung zu schaffen, ist prinzipiell zielführender, da es den politischen Prozess unterstützt. Dies unterstützt unsere Fraktion deshalb mehrheitlich. Unsere Fraktion ist somit froh, dass die ursprünglichen Anträge inhaltlich entkräftet wurden, da wir diese Forderung so mehrheitlich nicht unterstützen würden. Die Anträge des Stadtrats finden in unserer Fraktion mehr Anklang, werden aber auch nur teilweise so unterstützt. Hier wäre es angezeigt, die angedachten Instrumente separat in Erwägung zu ziehen und es möglich zu machen, diese in Gänze abzuwägen. Und so nebenbei gesagt, dieser Art. 31 Abs. 11 der Gemeindeordnung könnte damit auch bedient werden, und wir könnten mit verschiedenen Perspektiven – es gibt nämlich nicht nur

eine Perspektive auf diese ganzen Themen – bewerten und somit auch definieren, welche Aufgaben beibehalten werden sollen und welche wegfallen sollen.

Gemeinderätin Alessandra Biondi (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: Der Stadtrat wurde mit der Motion beauftragt, dem Gemeinderat einen Bericht zur Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der städtischen Verwaltung vorzulegen. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Beantwortung der Motion durch den Stadtrat etwas ausufernd und ausweichend erfolgt ist und sich die Anträge an den Gemeinderat auch nicht mit den Anträgen der Motion decken. Vielmehr scheint die Motion verwendet worden zu sein, um einen neuen Verwaltungsprozess vorzuschlagen, die integrierte Aufgaben- und Finanzplanung. Diese soll eine nachhaltige und produktive Steuerung der Aufgaben ermöglichen. Eine IAFP ist aus Sicht der Fraktion SP der Transparenz sicherlich dienlich und mag auch ein gutes Steuerungsinstrument darstellen. Gleichwohl bezweifeln wir, ob die Kosten, welche für die Einführung dieses neuen Systems notwendig sind, deren Nutzen aufwiegen. Hier fehlen uns weitere Angaben, insbesondere auch zu den möglichen Kosten. Durch die blosser Umstellung auf eine integrierte Aufgaben- und Finanzplanung erfolgt noch keine Einsparung. Die Einführung eines solchen Verwaltungsinstruments sollte unseres Erachtens separat entschieden und, soweit notwendig, dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Überein gehen wir mit den Ausführungen des Stadtrats, dass die Frage, welche Aufgabe gebunden ist und welche nicht, sich nicht immer eindeutig beantworten lässt. Daher macht es unseres Erachtens auch keinen Sinn, sämtliche gebundenen und ungebundenen Ausgaben auf der Basis des jeweiligen Budgets darzustellen. Hinzu kommt, dass in der institutionellen Gliederung nach Ausgabeart im jährlichen Budgets bereits eine Darstellung über gebundene und ungebundene Ausgaben erfolgt. In einer noch erweiterten Darstellung erkennen wir gemessen am Nutzen einen zu grossen Verwaltungsaufwand, insbesondere wenn die Darstellung jedes Jahr aufs Neue anfallen würde. Zentraler ist für uns der Diskurs darüber, welche Aufgaben und Leistungen die Stadt erfüllen soll. Diesem Diskurs möchte sich die SP explizit nicht verschliessen. Bereits bei der Diskussion über den Kreditantrag der Leichtathletikanlagen haben wir hervorgehoben, dass wir uns eine Grundsatzdiskussion zu anstehenden Ausgaben im Bereich der Sportanlagen und deren Finanzierung wünschen. Eine entsprechende Grundsatzdiskussion kann auch betreffend die Aufgaben und Leistungen der Stadt Frauenfeld erfolgen. Hierfür ist es vorab notwendig, dass die derzeit erbrachten Leistungen und Aufgaben der Stadt analysiert werden. Möglich wäre beispielsweise, dass jede Amtsleitung eine Zeit lang die wesentlichen anstehenden Aufgaben und die erbrachten Leistungen notiert. Wir sind offen, im Anschluss innerhalb des Rats zu diskutieren, welche jeweilige Aufgabe bzw. Leistung wir als staatliche Aufgabe oder Leistung sehen.

Ziff. 1 des hier zu beurteilenden Antrags geht nun aber aus unserer Sicht zu weit. Ein Bericht zur Prüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung braucht aus unserer Sicht keine Grundlage für eine Finanzstrategie oder daraus folgende Massnahmen zu sein. Ziff. 1 erscheint uns auch nicht im Sinn der Motion. Wir hätten lediglich einen Bericht über die derzeit erbrachten Aufgaben und Leistungen der Stadt erwartet. Dabei kann auch erwähnt werden, gestützt auf welchen Grundlagen diese erfolgen. Die weiteren Anträge in Ziff. 2 und 3 sind für uns schwierig fassbar, da schliesse ich mich meinem Vorredner aus der Fraktion Die Mitte/EVP an. Soweit vorgeschlagen wird, eine Darstellung von gebundenen und ungebundenen Ausgaben auf der Basis des jeweiligen Budgets gemäss den ausgeführten Erwägungen für erheblich zu erklären, ist uns dies zu wenig griffig. Gleiches gilt für die Darstellung von neuen Aufgaben der Legislatur 2019-2023 gemäss der ausgeführten Erwägungen. Wir können uns zu wenig vorstellen, was hierauf folgt. Was bedeutet es gemäss den ausgeführten Erwägungen? Was ist damit gemeint?

Aus den ausgeführten Gründen werden wir die Anträge Ziffern 1-3 ablehnen bzw. nicht erheblich erklären.

Mit Ziffer 4 des Antrags soll über den Umsetzungsgrad der Massnahmen und Projekte der Legislatorschwerpunkte 2019-2023 Bericht erstattet werden. Die entsprechenden Informationen sind gemäss Beantwortung der Motion bereits verfügbar. Einer Erheblichkeit betreffend diesen Punkt würden wir damit zustimmen.

Auch wenn wir für eine Diskussion über die Aufgaben und Leistungen der Stadt damit offen sind, gehen uns die Anträge des Stadtrats zu weit, weshalb wir gegen die Erheblichkeit der genannten Anträge 1-3 votieren werden.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen Namen: Mir scheinen hier einige Missverständnisse zu bestehen. Es gibt natürlich sehr grosse Differenzen zwischen dem, was die Motionäre beantragt haben, und dem, was der Stadtrat vorschlägt. Ich verstehe wie die Motionäre selber nicht, wie man zum Ergebnis kommen kann, dass das deckungsgleich sein soll. Das sehe ich überhaupt nicht so. Der Stadtrat hat sich relativ raffiniert aus der Situation gezogen, indem er in seinen Anträgen zum Beispiel schreibt, Antrag 2 des Stadtrats decke sich weitgehend mit Antrag 1 und 2 der Motionäre. Aber der grösste Punkt ist natürlich, dass der Stadtrat schreibt, «gemäss den ausgeführten Erwägungen». Das heisst, er verweist nach hinten auf seine ausführliche Motionsantwort, und dort steht natürlich etwas ganz anderes, als was die Motionäre beabsichtigen. Ich glaube, diese Unterschiede muss man schon sehen. Die Frage ist, ob die Unterscheidung in gebundene und ungebundene, mittel- oder langfristige gebundene Ausgaben ein taugliches Instrument ist, um die Frage nach dem Sparpotenzial in dieser Stadt anzugehen. Ich bin dezidiert der Meinung, dass das nicht ein taugliches Instrument ist – und zwar aus den Gründen, die der Stadtrat eigentlich sehr klar und differenziert ausführt, dass wir uns im Bereich gebunden/nicht gebunden in einem sehr komplexen, nicht klaren Aktionsfeld der Politik bewegen. Ich habe in meinem Berufsleben diese Frage selber hundertfach beantwortet. Was sind gebundene und nicht gebundene Ausgaben? Und ich muss sagen, das Entscheidende ist, dass es in unserer Verwaltung sowie in der Kantonsverwaltung oder der Bundesverwaltung kein gemeinsames Verständnis dafür gibt, was gebunden und ungebunden ist. Das wird letztlich jeweils vom Bundesgericht entschieden, das dann die Sache festmachen muss. Aber nochmals: Der Stadtrat hat selber geschrieben, dass es in der städtischen Verwaltung kein gemeinsames Verständnis darüber gibt. Wenn ich das übersetze, heisst das nichts anderes, wenn Sie drei Amtschefs in unserer Stadtverwaltung die Frage unterbreiten, ob dieses Projekt gebunden ist oder nicht, bekommen Sie wahrscheinlich drei verschiedene Antworten. Das ist die Realität. Da kommen wir nicht wirklich weiter in diesem Bereich. Das Beispiel Landkreditkonto, das Stefan gebracht hat, ist ein klassischer Fall. Das hat man gerade darum geschaffen, weil das eben gebundene Ausgaben sind und weil wir für den Stadtrat aus dem Landkreditkonto im Liegenschaftshandel eine Kompetenz in Millionenhöhe geschaffen haben. Dort scheint mir die Frage doch recht klar, und wir müssen nicht weiter abklären, wie es sich im Detail mit dem Landkreditkonto verhält.

Das Wichtigste, und das spricht für mich auch gegen den Antrag 2 des Stadtrats, dass wir dadurch eine grosse Übung veranstalten. Da wird eine offene Tür eingerannt. Wir haben in Register 3 des Budgets die institutionelle Gliederung nach Ausgabenart, da ist alles aufgelistet. Ich habe noch nie in einer Budgetdebatte gehört, dass sich jemand auf diese Zahlen abgestützt hat. Ich nenne Ihnen jetzt zwei Zahlen und frage Sie, was das für die Finanzstrategie bedeuten könnte. Wenn ich die Zahlen im aktuellen Budget zusammenzähle, haben wir 93 Mio. Franken gebundene Ausgaben. Dann haben wir 3.8 Mio. Franken, die neu

bzw. nicht gebunden sind. Das wäre quasi die Argumentationsbasis, damit könnten wir Finanzpolitik machen. Aber ich kann das nicht und ich weiss nicht, ob ihr aus diesen Zahlen etwas Vernünftiges ableiten könnt. Aber diese Zahlen haben wir schon, wir können sie auch brauchen.

Ein zweiter Punkt, das scheint mir auch ein bisschen ein Fetisch zu sein, und ich sage das als Jurist, das ist die Frage nach den Rechtsgrundlagen für eine bestimmte Aufgabe. Da muss ich Ihnen einfach sagen, in der Praxis spielt es überhaupt keine Rolle bzw. das ist überhaupt nie ein Problem. Sie finden immer eine Rechtsgrundlage, das ist nicht der Punkt.

Rechtsgrundlagen sind eben nicht nur Gesetze oder Reglemente von Bund, Kanton und Stadt, das sind auch Beschlüsse des Stadtrats oder Beschlüsse von Kommissionen. Was zu den Rechtsgrundlagen gehört, ist ein sehr weites Feld. Das hilft uns nicht, wenn wir zu jeder Aufgabe der Stadt die Rechtsgrundlage und fein säuberlich die Paragraphen aufschreiben. Das sind Fleissübungen, die uns nicht weiterbringen. Darum plädiere ich dafür, die Anträge, die in diese Richtung gehen, nicht weiterzuverfolgen.

Dann noch ein letzter Punkt, und da bin ich mit den Motionären durchaus einig. Der zentrale Punkt ist natürlich der, dass wir keine gute Verknüpfung von Aufgaben und Ausgaben haben. Das ist das grosse Problem in unserer Stadt, das wurde auch schon mehrfach angegangen. Der Vorschlag des Stadtrats mit dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan könnte ein Befreiungsschlag sein. Ich habe da eher mehr Sympathien als andere in diesem Rat. Ich sage das auch deshalb, weil wir bereits vor 20 Jahren in diesem Gemeinderat schon einmal über dieses Thema gesprochen haben. Damals hat unsere Fraktion vom damaligen Stadtrat Bachofner verlangt, ein solches integriertes Führungsinstrument, das Ausgaben mit Leistungen und Aufgaben verheiratet, in Frauenfeld einzuführen. Das ist aber vor 20 Jahren abgelehnt worden, damals allerdings mit völlig anderen Rahmenbedingungen. Damals hatte Frauenfeld eine glänzende Finanzlage verglichen mit heute. Wie gesagt, aus meiner Sicht könnte man dieses Instrument durchaus anpacken, damit ist aber auch ein grosser Aufwand verbunden. Ich stelle mir auch die Frage, wer das überhaupt beschliessen kann. Der Stadtrat hat nach meiner Auffassung die Kompetenz, das selber einzuführen. Es ist ein Finanzinstrument der Exekutive, das könnte er machen, ohne uns zu fragen. Ausser vielleicht, dass er von unserer Seite einen Kredit braucht.

Die Schwierigkeit finde ich, dass der Stadtrat uns in Antrag 1 eine Art Blackbox vorgelegt hat. Ich weiss jetzt nämlich nicht genau, ob der Antrag 1 auf dieses Instrument hinausläuft und ob der Stadtrat das anpacken will, weil er auf der gleichen Seite schreibt, ein Konzept zur Umsetzung der Motion, also auch für die Erarbeitung von griffigen Führungsinstrumenten habe er noch nicht. Also habe ich da grosse Zweifel, ob er das wirklich anpacken will oder einfach im Sinn des Antrags 1 das halt offenlässt. Da wäre ich um eine klärende Antwort seitens des Stadtrats froh, ob er das wirklich anpacken will oder selber noch Zweifel an diesem Instrument hat oder ob er diese Zwischenschritte mit Einbezug der Firma Public X Data machen will. Auch da habe ich meine Zweifel, ob solche Zwischenschritte zielführend sind. Aber wie gesagt, ich würde mich freuen, wenn wir vom Stadtrat noch etwas mehr dazu hören würden, was er wirklich beabsichtigt im Hinblick auf neue finanzpolitische Führungsinstrumente, die ich als wichtig erachte, damit Frauenfeld zu so etwas kommt. Städte, die das haben, haben eine weitaus bessere Basis in der Diskussion für die Fragen, welche Aufgaben in welcher Art und Weise ausgeführt werden sollen, und das auch auf einer langfristigen Achse dargestellt haben, was finanzierbar und nicht finanzierbar ist. Wie gesagt, ich finde es durchaus prüfenswert, dieses Instrument einmal anzuschauen.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im eigenen Namen: Das Stichwort zu meinem Votum hat mir Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler geliefert. Sie hat gesagt, dass wir in den letzten Jahren schlafwandlerisch durch die Budgetberatung gegangen sind. Ich bin seit zehn Jahren im Rat, und das hat mich doch gereizt, dazu etwas zu entgegnen. Ich finde, wir hatten in diesen zehn Jahren gute Diskussionen über das Budget in den GPKs. Wir wurden ausführlich informiert und haben vieles sehr intensiv und mit guten Grundlagen diskutiert. Der Vorhang in der Festhütte wurde in zwei GPKs diskutiert, und wir wussten auch, um was es da geht. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass die Instrumente, die uns aufgrund dieser Motion vorgeschlagen werden, uns bei den Entscheidungen wirklich viel helfen könnten. Seien wir ehrlich, letztendlich sind das politische Entscheidungen. Natürlich, Kathrin Widmer Gubler, wir sind alle stolz auf unsere Stadt und wollen in einer Stadt mit guter Lebensqualität leben. Aber was bedeutet das? Was ist eine gute Lebensqualität? Ich persönlich bin davon überzeugt, dass der Steuersatz nicht einer der Hauptindikatoren für gute Lebensqualität in der Stadt ist. Und ich finde es schade, dass ich mich mit anderen zusammen hier beim Volk nicht gut genug verständlich machen konnte, damit das Volk dieser Steuererhöhung zustimmt. Aber auch dann wird es Diskussionen geben, was wir brauchen und was wir uns leisten wollen. Da nützen diese Listen nichts. Ich bin in meiner Erfahrung überzeugt davon, dass wir schon jetzt gut informiert werden. Wie Roland Wetli es gesagt hat, im Budget wurden nach unseren Wünschen immer neue Sektionen hinzugefügt, immer neue Kommentare. Wir schaffen nämlich auch Zusatzaufgaben für unsere Verwaltung. Wir haben unserer Verwaltung mit der Überarbeitung des Budgets viel zugemutet. Es wird auch eine grosse Aufgabe sein, uns ein Budget vorzulegen, das wir dann genehmigen werden. Da bin ich sicher, dass der Stadtrat mit viel Umsicht und viel Weisheit und auch Bemühungen, uns gut zu informieren, darangehen wird. Der Stadtrat ist vom letzten Jahr vorgewarnt und wird das sicher gut machen. Ich würde es gern dem Stadtrat überlassen, mit welchen Mitteln er das macht. Ich glaube nicht, dass diese Instrumente hilfreich sind. Deshalb werde ich entgegen dem Rest meiner Fraktion den Anträgen zur Erheblichkeit nicht zustimmen.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Weder aus dem Studium der Motionsantwort noch aus dem bisher vorgebrachten Voten ist mir alles klar geworden. Mich würde interessieren, was denn konkret im ersten Antrag eigentlich erstellt werden soll. Das Dargelegte ist sehr schwammig, damit kann man sehr viel oder sehr wenig tun. Daher wäre es ultraspannend, da etwas mehr zu wissen, damit wir uns eine klare Meinung bilden können, ob wir dem zustimmen und das für erheblich erklären können.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für die intensive Diskussion rund um diese Motionsbeantwortung. Es ist tatsächlich kein einfaches Thema, aber es ist auch nicht das erste Mal, dass wir in dieser Art ein schwieriges Thema im Zusammenhang mit den Finanzen besprochen haben. Ich erinnere an die Interpellation von Claudio Bernold 2016. Wir haben schon einmal so etwas Schwieriges behandelt. Ich weiss nicht, wie ihr es damals in der Fraktion diskutiert habt, aber es hätte auch eine lange Diskussion brauchen können, weil mindestens unsere Antwort in eine ähnliche Richtung ging.

Zur Antwort, die wir als Stadtrat und Verwaltung gegeben haben, kann ich sagen, dass der Chef unseres Finanzamts, Reto Angehrn, massgeblich involviert war. Diese Antwort ist ernst gemeint, und das ist nicht irgendwie eine Art Nebelpetarde, die wir gestartet haben, um uns irgendwie dahinter zu verstecken. Uns ist es ebenso ernst wie dem Motionär und der Motionärin, dass wir Ansätze brauchen. Ich habe das mehrmals betont, unter anderem auch 2016. Wir haben zwar in der Stadtverwaltung ein Steuerrad, was die Finanzen betrifft, aber wenn man es mit einem Schiff vergleicht, haben wir nicht diese Aufsätze, mit denen man

dann wirklich fein steuern kann. Und wenn Kathrin Widmer Gubler schlafwandlerisch gesagt hat, dann kommt das bei mir positiv an. Zwischen den Budgets fahren wir einfach mal, und das ist etwas schlafwandlerisch, denn wir haben keine Zwischenabschlüsse. Keine monatlichen, keine quartalsweisen, keine halbjährlichen. In einzelnen Bereichen haben wir sie, aber bei der Stadtverwaltung haben wir diese nicht. Und dann sehen wir irgendwann gegen Ende Jahr, aha, so ist es herausgekommen. Das ist natürlich eine nicht gute Lage, ist aber nicht untypisch für die öffentliche Hand. Da gebe ich Roland Wetli recht, das ist etwas, was es an vielen Orten gibt, aber es gibt auch Orte, wo es nicht so ist. Und an diesen wollen wir uns eigentlich orientieren.

Deshalb sind wir die Antworten, im Übrigen in der Diskussion mit dem Motionär und der Motionärin, lösungsorientiert angegangen, indem wir gesagt haben, was unser gemeinsames Anliegen ist. Wir wollen mit diesen Berichten und Instrumenten, die gefragt sind, mehr Klarheit gewinnen für die richtigen Ansätze, Massnahmen und Strategien. Wenn wir diese geforderte Analyse, ob gebunden oder ungebunden, sauber in einen Bericht bringen können, dann hat dieser Bericht auch einen Wert, weil er eine nachhaltige Wirkung erzeugt. Wenn wir einfach einen Bericht schreiben, dann passiert dasselbe wie mit vielen Berichten. Man nimmt ihn zur Kenntnis, in der nächsten Budgetrunde wird er vielleicht noch bedacht, einige Altgediente werden ihn dann alle drei Jahre wieder hervorholen und irgendeine Passage daraus zitieren. Ich überzeichne ein bisschen, verzeihen Sie mir diese Überzeichnung. Nein, das ist nicht das, was uns vorwärtsbringt, deshalb braucht es mehr. Wir müssen auch Massnahmen andenken.

Wir werden nicht eine Verwaltungsreform anstossen, das ist nicht gemeint. Prozess war das richtige Wort, das in diesem Zusammenhang genannt wurde. Es sind Verwaltungsprozesse, um die es geht, und wir werden diese auch nicht sofort einführen können, denn das ist zeitaufwendig. Diese müssen aufgebaut werden, wir müssen ein gemeinsames Verständnis in der Verwaltung dafür erarbeiten. Das ist kein Prozess, der innerhalb des nächsten halben Jahres gemacht wird.

Den Bericht werden wir, das haben wir in der Antwort auf Seite 11 geschrieben, erst gegen Ende 2025 fertig haben, leider nicht innerhalb von sechs Monaten. Wir haben noch einige Aufgaben zu erledigen, und es ist nicht ganz unaufwendig, wenn wir die Aufträge so ausführen wollen, damit sie uns auch für die Zukunft dienen. Dann müssen wir zum Beispiel beim Thema gebunden oder ungebunden nicht einfach den Ordner nehmen.

Wie entsteht diese Klassifizierung? Die entsteht durch eine Vorgabe seitens des Finanzamts, so und so ist es zu verstehen. Und jeder Amtsleiter und jede Amtsleiterin klassifiziert das dann bei der Budgetierung. Reto Angehrn hat keine Zeit, diese Klassifizierungssache zu überprüfen und mit den einzelnen Amtsleitenden in die Diskussion zu gehen, ob das nun richtig oder falsch ist, ob sie diese Zuordnung richtig oder falsch gemacht haben. Um dieses Verständnis gemeinsam zu entwickeln, braucht es auch verwaltungsintern einen Prozess und es braucht Ressourcen. Wir sind bereits dabei, diese Ressourcen intern zu schaffen. Es braucht mehr Ressourcen im Finanzamt, das wissen wir. Wir haben die Stellen zum Teil auch schon bewilligt, zum Teil werden wir hier weiter vorangehen müssen. Es geht um spezifische Ressourcen. Das ist eine Stelle, die man einmal mit Controlling benannt hat, aber das ist nicht der richtige Ausdruck. Es braucht jemanden, der oder die die Amtsleitenden dabei begleitet und Sparringspartner wird für die Mitarbeitenden in Ergänzung zu dem, was Reto Angehrn bereits ist. Aber er hat auch nur einen Vierundzwanzigstundentag und eine Siebentagewoche. Er hat ehrlich gesagt ein bisschen weniger, aber er braucht einen grossen

Teil dieser 24 Stunden für seine Aufgaben. Zu viel, muss ich sagen, deshalb ist das sehr wichtig.

Wir wollen diese Motionsanträge so umsetzen, dass sie uns weiterbringen und dass wir damit gute analytische Grundlagen erhalten, auch mit einem Aussenblick – das ist der angesprochene Auftrag, der nach aussen geht –, der uns Hinweise gibt. Es ist ein rudimentärer Hinweis, aber immerhin. Nicht dass wir betriebsblind nur das sehen, was wir sehen wollen, sondern auch auf Sachen hingewiesen werden, die wir auch anschauen müssen und so einen sauberen, guten Bericht mit einer guten Analyse im Hinblick auf Finanzstrategie und Massnahmen erstellen können. Nicht einfach einen Bericht, den wir dann in die Schublade legen, sondern einen Bericht, der uns auch aufzeigt, wie wir das verstetigen können und in eine Zeit hineinkommen können, die über diesen Berichtshorizont hinausweist. Deshalb reicht es eben nicht, einfach nur zwischen gebunden und ungebunden zu klassifizieren, sondern es muss mehr her. Das haben wir so im gemeinsamen Verständnis mit dem Motionären entwickelt, und ich denke, somit kommen wir auch dem Ansinnen der Motionäre näher.

Dass es lange gedauert hat, gebe ich zu. Allerdings darf ich Gemeinderat Elio Böhner darauf hinweisen, dass 14 Monate davon unsere Schuld sind, die anderen sechs Monate sind nicht unsere Schuld. Nur dass man das auch noch gesagt hat. Aber wir haben lange gebraucht, das ist so. Sie wissen aber auch, was in dieser Zeit sonst noch alles gelaufen ist.

Und noch ein Wort: Roland Wetli hat von einer glänzenden Finanzlage unter meinem Vorgänger gesprochen. Das kann man so sehen, das kann man auch anders sehen. Unsere Finanzlage, wenn wir sie in Bezug auf Bilanzüberschuss und Eigenkapital und Verschuldung anschauen, ist an sich sehr gut. Wir haben ein sehr hohes Eigenkapital, wir haben einen hohen Bilanzüberschuss, wir haben noch einen Überhang an Werten gegenüber Schulden. Wir sind noch nicht nettoverschuldet. Noch nicht, das ist bewusst so gesagt. Was wir ganz anders haben, und das ist nicht glänzend, das ist die Ertragslage. Da wissen wir aber auch, was für ein Steuerquotient damals geherrscht hat und was für einen wir heute haben. Deshalb ist es auch nicht ganz unverschuldet seitens anderer. Nicht diejenigen, die hier anwesend sind, mindestens die Mehrheit nicht, aber es ist auch nicht ganz unverschuldet, und daran war nicht nur der Stadtrat beteiligt, sondern durchaus auch das Parlament. Aber wir brauchen jetzt nicht weitere Rückblicke, sondern wir brauchen eine Analyse, die uns hilft, in die Zukunft zu gehen, weil Aufgaben und Ausgaben eben doch zusammenhängen. Ich habe weitherum gehört, dass da ein Einverständnis herrscht, dass wir das diskutieren müssen und dass wir intensive Diskussionen führen müssen, damit wir rund um die Aufgaben steuern können und sich die Ausgaben im Rahmen dessen entwickeln, was in der gegenwärtigen Ertragslage möglich ist. In diesem Sinn bitte ich Sie, alle vier Anträge gutzuheissen. Wir werden dann unsere Versprechen, die wir gegeben haben oder die ich jetzt gegeben habe, auch umsetzen, damit wir mit diesen Instrumenten, die wir andenken, eine gute Finanzpolitik, Ausgabenpolitik und Aufgabenpolitik betreiben können.

Abstimmung

Antrag 1 wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen für erheblich erklärt.

Antrag 2 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen für erheblich erklärt.

Antrag 3 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen für erheblich erklärt.

Antrag 4 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung für erheblich erklärt.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Sie haben die Motion in allen vier Punkten für erheblich erklärt. Da alle Punkte für erheblich erklärt wurden, sind die Motionäre und der Gemeinderat damit einverstanden, dass die Zuweisung somit an den Stadtrat erfolgt. Möchten Sie diesen Vorschlag folgen?

Abstimmung

Der Antrag zur Zuweisung der Motion an den Stadtrat wird einstimmig angenommen.

85 Interpellation betreffend «Hürdenabbau bei Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz» von alt Gemeinderat Ralf Frei und alt Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Gemeinderätin Lisa Badertscher hat uns in der Zwischenzeit verlassen, sie hat noch einen Termin. Das absolute Mehr beträgt weiterhin 18.

Mit Beschluss Nr. 87 wurde die Interpellation betreffend «Hürdenabbau bei Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz» von alt Gemeinderat Ralf Frei und alt Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott vom Stadtrat am 2. April 2024 beantwortet.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Interpellanten: Gerne haben Roman Fischer und ich die Aufgabe gefasst, die Interpellation im Sinne der beiden mittlerweile aus dem Rat ausgeschiedenen Interpellanten zu übernehmen. Wir danken in unserem, aber eben auch im Namen der ursprünglichen Interpellanten für die Beantwortung.

Wenn man sich die Interpellationsantwort anschaut, kann man sich auf den ersten Blick fragen: Wieso wurde diese Interpellation überhaupt eingereicht? Die Antworten weichen dann auch aus und legen nahe, dass der Handlungsspielraum gar nicht vorhanden sei. Doch wenn man etwas tiefer geht, sieht man den Sinn der Interpellation durchaus. Und der liegt eben beim Richtplan und nicht eigentlich bei den Fragen.

Mit diesem Hintergrund und dem Wissen, dass die Energiewende noch immer zu schleppend vorankommt, ist für uns die Beantragung der Diskussion klar. Wir freuen uns entsprechend auf die hoffentlich verschiedenen Voten.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Interpellanten: Nun also zu den angesprochenen Details, welche ich gern als Interpellantenvertreter, aber auch gleich im Namen der Fraktion SP vorbringe.

Der Energierichtplan stammt vom Herbst 2013. Die Interpellanten haben also das zehnjährige Jubiläum als Anlass genommen, zurückzuschauen. Danke dafür und danke nochmals für die Beantwortung.

Aus der ursprünglichen Begleitgruppe ist keine der Personen aus Frauenfeld mehr in ihrer Funktion tätig. Da überrascht es grundsätzlich nicht, dass das eine oder das andere nicht

mehr als so wichtig erscheint oder vielleicht schlicht und einfach vergessen geht. Doch ein Richtplan ist eben nicht ein internes Dokument, sondern ein öffentliches Arbeitsinstrument und behördenverbindlich. Auf Seite 2 der Botschaft sind die drei Punkte aufgeführt, welche im Energierichtplan vorkommen und Bewilligungsverfahren betreffen.

- Die Unterstützung bei Bewilligungsverfahren kann als erfüllt betrachtet werden. Es besteht eine unabhängige Energiefachstelle, die diese Aufgabe übernimmt.
- Punkt 2 fordert den Abbau von Hemmnissen bei Bewilligungsverfahren. Wir würden sagen: nicht erfüllt. Hier stellt sich die Frage, weshalb man das so in einem Richtplan erwähnt, obwohl gemäss jetziger Aussage darauf gar kein Einfluss genommen werden kann. Es gibt etliche kleine Stellschrauben, an denen man drehen kann. Aber wie beschrieben, das macht keine grossen Unterschiede.
- Punkt 3 behandelt die Gebührenreduktionen. Auf Seite 6 der Botschaft wird ziemlich kryptisch umschrieben, dass man diesen Punkt schlicht ignoriert hat und statt einer Reduktion eine Erhöhung der Gebühren eingeführt hat.

So viel also zur Behördenverbindlichkeit eines Richtplans. Dies war einer der Kernpunkte für die Interpellanten. Leider wurde nicht ausgeführt, weshalb man sich gegen den Richtplan entschieden hat.

Frage 1 der Interpellation, welche die Umsetzung der erwähnten drei Punkte behandelt, wird vom Stadtrat als durchaus positiv beurteilt. Nun, wir können diese Beurteilung nicht ganz bzw. nur beim Punkt 1 nachvollziehen.

Frage 2 zielt auf die bürokratischen Hürden für Bauherrschaften. Der Stadtrat anerkennt in der Beantwortung zwar, dass die Hürden durchaus einen Zacken tiefer gestellt werden könnten, dies aber mit neuen Problemen behaftet ist. Wir sehen diese Probleme ebenfalls. Das Zusammenleben wird nicht einfacher, je höher die Dichte in der Stadt wird. Dass da gewisse Dinge eine klare Regelung brauchen, ist klar. Dass aber wie beschrieben Installationen, welche keinen oder nur geringen Einfluss auf die Umgebung haben, einfacher bewilligt werden sollen, ist unbedingt umzusetzen. Aber auch hier wieder: Im Richtplan werden Vereinfachungen als Ziel formuliert, die Umsetzung ist leider zumindest noch nicht da.

Frage 3, welche eigentlich die Frage 4 der Interpellation und umgekehrt ist, geht auf die geplanten Massnahmen ein. Der Stadtrat schreibt, dass wenn es um die gesetzlichen Rahmenbedingungen geht, die Legislative zuständig sei. Da sind wir nur bedingt einverstanden. Da ein Richtplan besteht, der gewisse Ziele formuliert, ist dieser vonseiten Behörden und Exekutive umzusetzen. Diese ist dann auch zuständig, Massnahmen zu ergreifen oder Botschaften vorzulegen, um diese Ziele zu erreichen. Ob dann eine Umsetzung im Sinne der Exekutive erfolgen soll, das ist je nach finanziellem Umfang dann endgültig Sache der Legislative, aber vorher nicht.

Die Sensibilisierungsmassnahmen als zweite Massnahme verdanken wir an dieser Stelle recht herzlich. Es ist wichtig, dass die Beratung weiterhin möglichst niederschwellig und umfassend auf allen Stufen erreichbar ist.

Die finanziellen Anreize sind die letzten der drei beschriebenen möglichen Massnahmen. Dabei wird vor allem der Energiefonds erwähnt. Dass dieser eine Überarbeitung braucht, ist schon länger angedacht. Gut, dass dies jetzt auch kommt. Da kann dann tatsächlich die Legislative über zusätzliche Massnahmen diskutieren. Schade ist, dass hier das Thema mit den günstigeren Bewilligungsverfahren nicht nochmals kommt, obwohl es eben gemäss Richtplan eigentlich so sein müsste.

Bei der Frage 4 wird auf die übergeordnete Gesetzgebung verwiesen. Ich möchte dazu nicht ausholen, das ginge zu weit. Was ich aber auch nicht unterlassen möchte ist, dass ich den Stadtrat und alle Ämter bitte, dass Digitalisierung, wenn sie denn so genannt wird, nicht mit Ausdrucken, Unterschreiben und wieder Einscannen praktiziert wird. Das ist Schildbürgertum und darf nicht sein. Dann lieber nicht digitalisieren. Der Aufwand ist wohl kleiner und der Papierverbrauch auch nicht viel geringer. Die Frage stellt sich hier: Wie sieht der Stadtrat den Zusammenhang mit der kommenden Abstimmung? Darf man sich auf einen Sprung nach vorn gefasst machen?

Zusammenfassend kann ich sagen, wir teilen die gute Beurteilung gemäss der Antwort nicht und hoffen, dass in Zukunft Richtpläne auch eingehalten werden, bzw. bereits bei deren Erstellung mehr auf Umsetzbarkeit statt auf gute Formulierungen geachtet wird.

Gemeinderat Roman Fischer (Grüne), Referent im Namen der Interpellanten: In Ergänzung zu meinem Vorredner Pascal Frey möchte ich zwei Punkte herausstreichen.

1. Als Argument gegen den Abbau von Hemmnissen bei Bewilligungsverfahren wird wiederholt Lärm respektive werden Lärmklagen genannt. Heutige Wärmepumpen sind doch akustisch kaum mehr wahrnehmbar. Das sage ich als Nachbar einer kleinen Wärmepumpe zwei Meter neben meinem Grundstück. Wenn die Grenzwerte eingehalten werden, haben trotzdem erhobene Klagen doch meistens einen anderen Hintergrund zwischen zwei Nachbarn, nämlich ein sowieso getrübt Verhältnis. Und dann gibt es auch keine Unterschrift des Nachbarn in einem vereinfachten Verfahren. Aber bei guten Nachbarschaftsverhältnissen sollte dieses Hemmnis wegfallen.
2. In der Antwort zur Interpellation schreibt der Stadtrat «Entsprechend sind Massnahmen zum Abbau von Hemmnissen bei Bewilligungsverfahren auf kantonaler Stufe einzufordern.» Aus der Antwort des Stadtrats wird nicht ersichtlich, ob die Stadt oder Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrats im Grossen Rat sich im Vorfeld der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) für ihre eigenen Ziele, den Abbau der Hemmnisse starkgemacht haben. Aus der Interpellationsantwort ist auch nicht ersichtlich, ob sich der Stadtrat mindestens in der Vernehmlassung des PBG entsprechend eingebracht hat, um seine eigenen Ziele zu erreichen. Da dies nicht erwähnt ist, gehe ich vom Gegenteil aus. Warum meine Skepsis? Pascal Frey hat es schon erwähnt: Bei der Gebührenreduktion kam es trotz der vorgenommenen Analyse der anfallenden Gebühren bzw. der Prüfung, ob eine Reduktion beim Einsatz von erneuerbaren Energien gewährt werden kann, zu einer generellen Erhöhung der Gebühren der Baubewilligung. Das Handeln des Stadtrats deckt sich nicht mit den eigenen Zielen.

Nun ein genereller Kommentar: Wir haben in der Stadt so viele offene Baustellen, damit sind nicht nur jene des Tiefbauamts, der Werkbetriebe und von Thurplus gemeint. Aus den Federn der Exekutive, der Verwaltung und der bezahlten Beratungsfirmen entstand in den letzten Legislaturen eine Flut an Papieren mit Zielen und Projekten. Ich würde meinen, dass, bevor man scheinbar genügend Zeit für Ambitionen auf nationaler Ebene hat, der eigene Laden aufgeräumt sein muss. Die Zielerreichung der Stadt ist unter anderem auch Chefsache, sei es auf Ebene Legislaturziele, aber auch für die vielen kleinen Detailziele, die in der Summe doch sehr beachtlich sind. Wir brauchen nicht nur ein griffiges Steuerrad, sondern auch Kapitäne und Navigatoren, welche ihre selbstgesteckten Ziele im Auge behalten.

Gemeinderat Niklaus Briner (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Das Planungs- und Baugesetz des Kantons Thurgau regelt im Kapitel Bauvorschriften das Vorgehen für Baubewilligungsverfahren. Gemäss § 100 Abs. 2 bestimmt der Regierungsrat,

welche Unterlagen mit dem Baugesuch beispielsweise einzureichen sind. Die SVP/EDU-Fraktion vertritt die Ansicht, dass von den Interpellanten gestellte Begehren liege ausserhalb des gemeinderätlichen Kompetenzbereichs. Wir empfinden es ebenfalls als fragwürdig, ein Regulatorium mit Ausnahmeregelungen für Zeiterscheinungen punktuell aufzuweichen. In diesem Sinn erachtet unsere Fraktion die Interpellation als überflüssig.

Gemeinderat Robin Goldinger (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: 32

Mitunterzeichnende dieser Interpellation sind überzeugt, dass ein Abbau von Hürden für die erneuerbaren Energien gefragt ist. Auch in unserer Fraktion stösst dieses Anliegen teilweise auf offene Ohren. Der Ansatz der Interpellation an den Stadtrat zeigt, dass durch die Digitalisierung der Verwaltungsaufwand reduziert werden muss. Mit klaren Prozessen, die in digitalen Abläufen Niederschlag finden, muss es möglich sein, die Arbeit der Verwaltung effizienter zu gestalten und, wie schon im Titel erwähnt, für den Bürger Hürden abzubauen. Vor allem bei einem klaren Sachverhalt, vollständig eingereichten Dokumenten und geregelter Einigkeit unter Nachbarn muss es möglich sein, auf einfachem Weg die Bewilligung zu erhalten. Uns ist bewusst, dass dies dennoch eine Prüfung auf gesetzliche Richtigkeit und Vollständigkeit durchlaufen muss. Nur so kann sichergestellt werden, dass eine faktenbasierte Beurteilung durchgeführt wurde und damit ein drohender Mehraufwand durch Einsprachen verhindert wird. Vorgaben des Richtplans Energie der Agglomeration Frauenfeld von 2015 müssen dabei eingehalten und umgesetzt werden.

Die Antwort des Stadtrats ist sehr detailliert, und wir sehen Potenzial für die Zukunft. Es muss jetzt daran gearbeitet werden und dringend mit dem Pilotversuch für die digitale Baueingabe, welche bereits im Jahr 2023 geplant war, begonnen werden. Mit dem Projekt eBau macht der Kanton vor, wie ein solches Vorhaben umgesetzt werden kann. Die Stadt muss das Rad nicht neu erfinden. Bestehendes kann übernommen und bedarfsgerecht adaptiert werden. Aus Kantonshauptstadt sollte man punkto Digitalisierung zur Schaffung von Effizienz und Bürgernähe auf der Höhe der Zeit sein.

Im Bereich der Beratung mit unserer Fachstelle sind wir gut aufgestellt, eine Chance muss genutzt werden. Nur so können wir die Gebühren für Kundinnen und Kunden und die Kosten für unsere Stadt tief halten. Finanzielle Anreize durch Fonds sind sicherlich wichtig, um den Anreiz eines Umstiegs verlockend zu machen, jedoch darf das den Staatshaushalt nicht belasten. Genau das Gleiche bezieht sich auf die Steuerabzüge. Wenn man in Betracht ziehen würde, Steuerabzüge für energetische Massnahmen zu ändern, müssten diese Einbussen an einem anderen Ort wieder eingespart werden, um die Rechnung der Stadt nicht zu verschlechtern.

Die Kantonshauptstadt Frauenfeld muss als Vorbild walten, dies bei der Digitalisierung sowie energietechnisch. Seien wir gespannt, ob die Änderungen im PBG, die auch in der PBV festgesetzt werden, unseren Handlungsspielraum positiv beeinflussen.

Gemeinderat Stefan Eggimann (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die

Mitte/EVP: Die Interpellation wurde von 32 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten unterzeichnet, notabene auch von einer grossen Mehrheit unserer Fraktion. Die Themen Hürdenabbau und erneuerbare Energien scheinen also in dieser Kombination einen Nerv zu treffen.

Der Stadtrat verweist in seiner Beantwortung auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, im Besonderen das in Überarbeitung befindliche PBG. Dabei soll im Besonderen das Meldeverfahren im Bereich der Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien ausgeweitet werden, was ein wichtiger Beitrag zum geforderten Hürdenabbau wäre. Die Ausweitung des Meldeverfahrens birgt aber auch Risiken und ist kein Allheilmittel. Ich zitiere aus der Antwort

des Stadtrats: «Durch die Einführung eines Meldeverfahrens wird ein erheblicher Anstieg von Lärmklagen befürchtet. Der Aufwand für die Prüfung von Lärmklagen fällt schliesslich bei der Gemeinde an.» Solche Befürchtungen sind aus unserer Sicht nicht aus der Luft gegriffen, und wir haben ja bereits einschlägige Erfahrungen gemacht. Ich verweise hier zum Beispiel auf die Rechnung 2023. Es ist also wichtig, dass der Stadtrat hier Hoffnungen dämpft und auf Risiken hinweist. Der Stadtrat ist sicher gut beraten, eine künftige Erweiterung des Meldeverfahrens aktiv zu begleiten und potenzielle Konflikte präventiv anzugehen.

Noch zu Roman Fischer: Es ist natürlich wünschenswert, dass ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis besteht, aber mit dem Meldeverfahren ist es eigentlich egal, wie ich zum Nachbarn stehe. Ich kann einfach ohne Bewilligung bauen und muss es einfach melden. Das ist bei vereinfachten Verfahren zum Beispiel nicht so.

Der Stadtrat erkennt ebenfalls richtig, dass es neben veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen auch Sensibilisierungsmassnahmen und finanzielle Anreize braucht. Lassen Sie mich kurz auf diese beiden Punkte eingehen.

1. Zu den Sensibilisierungsmassnahmen wird das E-Team erwähnt, es gibt sicher weitere. Die grünste Energie ist immer noch diejenige, die nicht verbraucht wird. Etwas zugespitzt formuliert: Wer zum Beispiel im Bereich Transport/Verkehr etwas für die Umwelt tun will, kauft nicht einen Tesla, sondern geht zu Fuss, fährt Velo oder nutzt den bald elektrischen Stadtbuss. Hier kommen Sensibilisierungsmassnahmen zum Tragen, und da gibt es vielleicht auch noch Potenzial.
2. Zu den finanziellen Anreizen: Die grösste Hoffnung setzt unsere Fraktion auf den überarbeiteten Energiefonds. Hier haben wir als Stadt ein Steuerungsmittel und können einfach und effizient die Verwendung von erneuerbarer Energie fördern. Wir nehmen deshalb mit Bedauern zur Kenntnis, dass sich die Überarbeitung des Energiefondsreglements offenbar weiter ins Jahr 2025 verschieben soll.

Noch zum Exkurs zu eBau, dem ePlanportal, den der Stadtrat in seiner Beantwortung macht: Ob die geplante Digitalisierung zu einer massiven Vereinfachung führen wird, muss sich zeigen. Wir begrüssen entsprechende Bestrebungen in diese Richtung, sehen aber auch den grossen damit verbundenen Aufwand und den langen Weg, der noch zu gehen ist. Oder gefragt in die Runde: Wer von Ihnen verwendet denn heute bereits eine qualifizierte digitale Unterschrift im Zusammenhang mit Behörden oder Firmen? Ich noch nicht.

Ich halte fest: Wir begrüssen den Ausbau von erneuerbaren Energien und sind auch für einen Hürdenabbau zu haben. Damit das angestrebte Meldeverfahren im Besonderen bei den Wärmepumpen nicht zu einem Eigentor wird, braucht es flankierende Massnahmen, Beratung und Sensibilisierung. Vor allem aber benötigen wir zeitnah ein aktuelles und den heutigen Bedürfnissen entsprechendes Energiefondsreglement.

Stadträtin Andrea Hofmann Kolb (CH): Die kantonale Vernehmlassung hat stattgefunden und dauerte bis zum 7. November 2023. Die Stadt respektive das Amt für Hochbau und Stadtplanung hat an der Vernehmlassung teilgenommen und sich auch sehr dezidiert zum Thema geäussert. Wir sind bereit für die Einreichung digitaler Baubehrengen und wir haben uns auch als Pilotgemeinde zur Verfügung gestellt. Wir warten auf den Kanton. Der Start ist noch nicht erfolgt, aber da sind wir wirklich vorangegangen. Wir waren letztes Jahr bereits in den Startlöchern und sind bereit, als Pilotgemeinde sowieso.

Wir haben schon darüber gehört. Durch die Ausdehnung des Meldeverfahrens werden die administrativen Hürden für die Bauwilligen reduziert und vereinfacht, was sicher

begrüssenswert ist, auch von unserer Seite her. Da aber die eingereichten Unterlagen, und da hat Gemeinderat Robin Goldinger bereits darauf hingewiesen, auch im Meldeverfahren fristgerecht geprüft werden müssen, wird der Aufwand vonseiten Behörden gegenüber dem ordentlichen Bewilligungsverfahren nicht gross reduziert. Bereits heute ist es möglich, eine Solaranlage durch ein Meldeverfahren bewilligen zu lassen. Es zeigt sich, dass oft ohne Fachplaner geplant wird und die nötigen Unterlagen beim Amt für Hochbau und Stadtplanung in ungenügender Qualität und unvollständig eingereicht werden. Der geringe Aufwand für die Bauwilligen führt so zu einem Mehraufwand bei der Bauberatung. Pläne müssen nachgefordert und Unterlagen vervollständigt werden.

Dann zu den Lärmwerten: Gemeinderat Roman Fischer hat das erwähnt. Es ist natürlich lobenswert, wenn die Nachbarschaft wunderbar funktioniert und das mit der Unterschrift sehr gut geregelt werden kann. Auch bei Meldeverfahren müssen diese Lärmwerte eingehalten werden, und bei diesen darf nicht von der persönlichen Wahrnehmung ausgegangen werden. Was eine Person nicht stört, die Wärmepumpe ist ja leise, wird von einer anderen Person als Lärmbelästigung empfunden. Das Lärmempfinden ist von Person zu Person unterschiedlich. Gemeinderat Stefan Eggimann hat es erwähnt, Lärmklagen haben in den letzten Jahren zugenommen. Sie gehören im Amt für Hochbau und Stadtplanung zum Tagesgeschäft. Sie beschäftigen nicht nur meine Mitarbeitenden, sie beschäftigen manchmal auch mich. Wir sind schon morgens um 7:30 Uhr zu viert mit dem Rechtsanwalt am Tisch gesessen und haben versucht, die Wogen noch einigermaßen zu glätten und klare Regeln zu bestimmen, damit genau so gehandelt wird, damit dann die Nachbarschaft wieder einigermaßen funktionieren könnte.

Mehraufwände bei Stadt und Kanton führen leider nicht zu tieferen Gebühren bei den Bauwilligen. Das ist auch eine Tatsache. Wir müssen irgendwie doch kostendeckend sein, sonst müssten sie irgendwie subventioniert werden. Und wie, darüber müssten wir diskutieren.

Wir sind auch für Sensibilisierungsmassnahmen, wir werden uns dafür einsetzen. Der Energierichtplan, der oft erwähnt wurde, das kann ich Ihnen versichern, ist in Überarbeitung. Der ist in die Jahre gekommen. Wir werden einen sauberen Energierichtplan auf die Beine stellen und uns auch danach richten. Der Energiefonds, ebenfalls schon erwähnt, dazu könnte mein Kollege Fabrizio Hugentobler mehr sagen, braucht noch ein bisschen länger, aber auch der wird überarbeitet.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Somit haben wir die Diskussion zur Interpellation abgeschlossen.

86 Botschaft Nr. 18 «Kredit Antrag für die Unterstützung des alle drei Jahre stattfindenden Mitsommerfests in der Höhe von jährlich wiederkehrenden durchschnittlichen finanziellen Leistungen von 100'000 Franken»

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Die Botschaft Nr. 18 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 11. Juni 2024 wurde am 12. Juni 2024 in den Dossierbrowser geladen. Als Erstes steht das Eintreten zur Debatte.

Gemeinderat Roman Fischer (Grüne), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Das Eintreten war bei uns in der GPK kein Thema, ich äussere mich detailliert in der Detailberatung.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Gibt es zum Eintreten weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Gemeinderat Roman Fischer (Grüne), Referent im Namen der GPK Finanzen und

Administration: Zweimal wurde das Mitsommerfest bereits mit Erfolg durchgeführt, dies mit jeweils beachtlichen 40'000 Besucherinnen und Besuchern und äusserst friedlich. Die künftigen Mitsommerfeste sollen mit dreijährlichen Ausgaben 2026, 2029 und 2032 auf ein solides Fundament gestellt werden. Stadtpräsident Anders Stokholm, Peter Koch, Amtsleiter für Kommunikation und Wirtschaftsförderung, sowie Martina Dumelin, Projektleitung Mitsommerfest, standen der GPK Finanzen und Administration am 2. Juli Red und Antwort.

Der Dreijahresturnus sei folgendem Umstand geschuldet: Zwei Jahre würden die teilnehmenden Vereine überfordern, während vier Jahre zu einem Bruch im OK führen könnten.

Wir diskutierten die grosse und verdankenswerte ehrenamtliche und die bezahlte Projektarbeit des OK und der Administration. Diese Ausgaben wurden uns transparent dargelegt und sind für alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in der Botschaft und dem Anhang des GPK-Protokolls zu finden. Trotz umfangreichen Vorbereitungen, zum Beispiel der vielen Absprachen zwischen OK, Vereinen, Lieferanten und der Stadt etc. ist das OK äusserst schlank organisiert und für viele OK-Mitglieder ein Hobby.

Die Generierung von zusätzlichen Einnahmen war Thema mehrerer Fragen bei uns. Eintritte, Festplaketten, Crowdfunding, Sponsoring. Das Sponsoring wurde auf das zweite Fest verdoppelt. Seitens der Stadt und der Projektleitung wurde betont, dass solche Einnahmen keinesfalls zulasten der Einnahmen der Vereine gehen sollen. Das Fest soll für alle niederschwellig offenbleiben. Aber wer für den Festbesuch etwas bezahlen will, dem sollte ein Kanal angeboten werden, so der Wunsch mehrerer GPK-Mitglieder. Martina Dumelin versprach, an dieser Thematik dranzubleiben und umsetzbare Ideen zu finden.

Auch die Thematiken rund um die Vereine wurden erörtert. 2022 hat ein Viertel weniger Vereine am Mitsommerfest teilgenommen als 2019. Das ist dem OK bewusst, und man arbeitet an der Unterstützung für die Vereine wie beim Mehrwegsystem, den Vorgaben beim Getränkeangebot usw. Schon in der Vergangenheit gab es Vorbereitungstreffen für die Vereine.

Die Ausgaben der Stadt von 300'000 Franken pro Fest, welche für jede Durchführung im Rahmen eines Stadtratsbeschlusses bewilligt werden, wurden ebenfalls intensiv diskutiert. Ziel sei es, die komplette Wertschöpfung des Fests im Perimeter von 20 Kilometer um Frauenfeld zu generieren. So kommt dieser Betrag den Vereinen und dem Gewerbe zugute und direkt über Steuereinnahmen teilweise auch wieder der Stadt.

Zuletzt diskutierten wir noch die Deckelung der finanziellen Mittel bei 200'000 Franken sowie der Sachleistungen der Stadt bei 100'000 Franken pro Fest. Das Total von 300'000 Franken soll dabei nicht angetastet werden. Aber es stellte sich die Frage, ob mehr Sachleistungen und weniger Geldbeiträge der Stadt möglich sein sollten. Da der bestehende Antrag weder von der Stadt noch vom OK als Problem angeschaut wurde, wurde aus der GPK kein Änderungsantrag dazu gestellt.

Die Abstimmung in der GPK ergab 6 Ja und 1 Enthaltung für die Unterstützung des Mitsommerfests.

Gemeinderätin Nathalie Fäh (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:

Ich erinnere mich. Ein lauer Sommerabend war angebrochen, die Dämmerung setzte bereits ein, meine Freundinnen und ich schlenderten entlang der Promenadenallee, deren dichtes Blätterdach von Hunderten kleiner Lichter erleuchtet wurde. Entlang einer langen Festtafel

tummelten sich Gross und Klein. Und noch ganz nebenbei, dank dieses Festes habe ich meinen Partner kennengelernt.

Die Fraktion CH/Grüne/GLP stellt sich eindeutig hinter das Mitsommerfest, das Tradition in Frauenfeld bleiben soll. Das Fest strahlte weit über die Stadtgrenzen hinaus, und darauf sind wir stolz. Nachhaltigkeit und Inklusion sind aus unserer Sicht klar gewährleistet. Sämtliche Partnerschaften stammten aus einem Umkreis von 50 km, was es regional und wirtschaftlich stärkte. Die Vereine konnten sich von ihrer besten Seite präsentieren. Gemeinschaft und Zusammenhalt, das wurde unserer Stadt geboten.

Einen Wunsch haben wir doch noch: Eine anonyme Spenden- oder Beitragsmöglichkeit soll bereitgestellt werden, Besucherinnen und Besucher sollen auch ausdrücken können, wenn ihnen das Fest gefällt. Wir bitten den Stadtrat und das Organisationsteam, dies nochmals zu prüfen.

Die Fraktion CH/Grüne/GLP bedankt sich für die gut verfasste Botschaft. Die Kantonshauptstadt hat ein solches Mitsommerfest verdient.

Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion hat mehrheitlich Freude am Mitsommerfest und dankt dem OK für seine Arbeit. Dass dafür das Stadtbudget jährlich mit 100'000 Franken belastet wird, freut uns weniger. Wir haben uns gefragt, ob nicht ein freiwilliger Buttom etwas Geld in die Kasse spülen würde. Weiter haben wir diskutiert, ob der Kulturfonds auch einen Beitrag an das alle drei Jahre stattfindende Fest leistet. Was uns säuerlich aufstösst, ist die grosszügige Aufrundung auf gerade Hunderttausender bei den Finanz- und den Sachleistungen. Hier wünschen wir uns doch etwas Zurückhaltung. Wir verzichten hier aber auf einen Kürzungsantrag, da er nicht mehrheitsfähig ist und uns wieder einmal Erbsenzählerei vorgeworfen werden würde. Doch angesichts der angespannten Finanzlage können nicht alle Mitglieder unserer Fraktion zustimmen. Das Positive dieser Art der Finanzierung ist einzig, dass man genau budgetieren kann. Mit diesen Gedankenanstössen wird unsere Fraktion mehrheitlich zustimmen.

Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir bedanken uns beim Stadtrat für die transparente und informative Botschaft zum Kreditantrag für die Unterstützung des Mitsommerfests. In der Einleitung zur Botschaft werden zwei Headlines aus den vergangenen zwei Austragungen zitiert. «Ganz viel Zauber und ein Wolkenbruch», so titelte die Thurgauer Zeitung nach dem Mitsommerfest 2019. Die drei Tage hätten die Stadt und ihre Menschen wundersam verwandelt, war damals zu lesen. Drei Jahre später hiess die Headline «heiss, gesellig und vielfältig». Beide Austragungen waren ein voller Erfolg. Diese Erfolge sind auch auf ein initiatives Organisationskomitee zurückzuführen, welches für die Organisation und Durchführung der beiden Mitsommerfeste verantwortlich zeichnete. Dass dieser Aufwand nicht gratis geleistet wird, ist selbstverständlich. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass die Stadt diese Aufgabe nicht selbst übernommen hat. Da sind Organisationsprofis am Werk, welche ihr Handwerk verstehen.

Ein solches Fest ist ohne finanzielle Beteiligung und materielle Unterstützung der öffentlichen Hand heute kaum mehr finanzier- und durchführbar. Ohne Beteiligung der Stadt müssen die Organisatoren die Kosten auf die Besucher und Standbetreiber abwälzen. Dies würde der ursprünglichen Zielsetzung des Mitsommerfests, nämlich der Kohäsion der Bevölkerung in der Stadt einen Schub zu verleihen, diametral entgegen laufen. Vielfältigkeit ist an Mitsommerfest zentral. Andere Veranstaltungen in Frauenfeld sprechen dagegen nur eine bestimmte Zielgruppe an. So ist das Openair Frauenfeld für viele Familienbudgets nicht tragbar, dass Out in the green Garden nicht für alle das, was sie suchen. Das Mitsommerfest hingegen bringt die ganze Stadt zusammen. Kulturell, sportlich oder kulinarisch interessierte

Gäste, Einheimische, Menschen mit Migrationshintergrund, Familien, ehemalige Frauenfelderinnen und Frauenfelder, welche sich an Mitsommerfest wieder einmal treffen, Touristen, Künstlerinnen und Künstler und, und, und. Die Fraktion FDP ist daher der Überzeugung, dass diese Veranstaltung im Dreijahresrhythmus von der Stadt unterstützt werden soll. Die Unterstützung mit 200'000 Franken an Finanzmitteln und 100'000 Franken Sachleistungen erachten wir aber aufgrund der aktuellen Finanzlage als absolut oberstes Kostendach. Der Aufwand für die Durchführung eines solchen Fests ist enorm, und die Finanzierung gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Herausforderung. Und genau hier setzen wir mit der Durchführung eines grossen Fests in der Bevölkerung in Bezug auf Zusammenhalt, Motivation oder Lebensfreude ein sehr positives Zeichen. Dies soll kein Freipass sein, wie Dagobert Duck in Geld zu baden und es mit vollen Händen auszugeben. Das Organisationskomitee ist gefordert, nebst einem zusätzlichen Sponsoringeffort auch andere Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen. Da die Vereine ohnehin ein grosses Risiko zu tragen haben, die Einnahmen sind ja wetterbedingt kaum genau zu budgetieren, müssen die Standmieten in einem vernünftigen Rahmen bleiben.

Ich komme nochmals auf die Finanzen zurück. 100'000 Franken pro Jahr sind ein grosser Batzen, der nicht so einfach eingespart werden kann. Die Stadt Frauenfeld kann zukünftig nicht mehr Ausgaben bewilligen, ohne ihr Portfolio genau zu überprüfen. Beteiligungen der Stadt an Veranstaltungen müssen priorisiert werden. Es ist leider nicht mehr alles möglich. Wir danken heute schon dem OK, den beteiligten Vereinen und allen Helferinnen und Helfern für die grosse Arbeit, die sie zugunsten aller Festbesucherinnen und Festbesucher leisten werden herzlich. Brot und Spiele werden seit dem römischen Reich gern durch die Allgemeinheit gefördert, heute zum Glück aus einem anderen Grund als damals. Der Zusammenhalt in der Bevölkerung soll damit gestärkt werden, und ein Mitsommerfest, welches alle begeistert, ist schlussendlich auch eine Visitenkarte einer vitalen Stadt. Die FDP unterstützt die Stadt in ihrem Vorhaben, fordert aber auf, dass Einsparungen bei anderen Aktivitäten vorgenommen werden.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die

Mitte/EVP: Wenn es um den Umgang mit Steuergeldern geht, so habe ich in diesem Rat schon mehrfach für Zurückhaltung plädiert. Allgemein sollte diesbezüglich, weil es eben nicht das eigene Geld ist, der Grundsatz «weniger ist mehr» gelten, und da darf man durchaus auch ein bisschen Erbsen zählen. Das heisst jetzt aber nicht, dass die Stadt kein Geld mehr ausgeben soll für Dinge, die nicht unbedingt notwendig sind, davon sind wir ohnehin weit entfernt. Aber das bedeutet, dass solche Ausgaben wirklich wohlüberlegt sein müssen. Einfach mal Geld aufs Geratewohl ausgeben oder zur Befriedigung von Partikularinteressen, das können und das sollten wir uns nicht leisten. Anders gesagt: Ausgaben müssen sehr genau auf ihre Wirkung hin untersucht werden und entsprechend gerechtfertigt sein. Was bedeutet das nun für den vorliegenden Kreditantrag, der im Grunde genommen auch auf eine unnötige Ausgabe hinausläuft?

Nun, von einer Massnahme aufs Geratewohl kann keine Rede sein. Mit den beiden Ausgaben 2019 und 2022 wurde der Nachweis bereits erbracht, dass das Mitsommerfest funktioniert. Ich selbst war jeweils ehrlich begeistert und habe dazu auch aus meinem Umfeld eigentlich nur Positives gehört. Ein Grund, wieso das bei den künftigen Durchführungen anders sein soll, ist nicht ersichtlich. Umso weniger, nachdem das bisherige Konzept im Grundsatz beibehalten werden soll, was wir übrigens sehr begrüssen. Ganz entscheidend ist für uns aber, dass es wirklich ein Fest für alle ist. Das klingt jetzt ein bisschen nach einer blöden Floskel, entspricht aber unserem Empfinden, und das ist doch bemerkenswert. Es ist nicht eine Veranstaltung für wenige Interessierte, wovon der Rest nichts hat, aber mitzahlen muss.

Nein, bei den bisherigen Ausgaben des Mitsommerfests hatte man wirklich das Gefühl, dass es bei allen Bevölkerungsgruppen gut ankam. Empirisch belegen können wir das zwar nicht, aber der Eindruck war so, und das Gegenteil hat bisher auch noch niemand behauptet. Und wenn der eingesetzte Steuerfranken so allen oder zumindest fast allen zugutekommt, dann ist das doch ein sehr gutes Zeichen. In diesem Sinn kann ich namens der Fraktion Die Mitte/EVP mit der Forderung schliessen, dass es sich bei der Unterstützung des Mitsommerfests wohl um die nötigste aller unnötigen Ausgaben der Stadt handelt, weshalb wir dem Kreditantrag einstimmig zustimmen werden. Das Mitsommerfest ist eine grossartige Sache, schafft einen echten Mehrwert für Frauenfeld und vor allem ist es, da bediene ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen von der SP, wirklich ein Fest für alle statt wenige. Das überzeugt uns hier, da freuen wir uns auf 2026.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:

Zusammensitzen, gemeinsam essen, trinken, reden, geniessen – die Vielfalt der städtischen Vereine bestaunen. Ein Fest für ganz Frauenfeld, eine tolle Sache. Die Initiative und das Engagement der Organisatorinnen und Organisatoren ist lobenswert. Entsprechend für uns auch keine Frage, dass die Stadt Unterstützungsbeiträge spricht, und werden das selbstverständlich unterstützen.

Wer profitiert von den städtischen Beiträgen? Die Einwohner Frauenfelds, die lokal aktiven Vereine, die lokale Wertschöpfungskette. Das ist gut für die Stadt und den Zusammenhalt der Bevölkerung. In diesem Sinn nach unserem Verständnis ideal investierte städtische Ressourcen.

Das Fest basiert auf viel Freiwilligenarbeit durch Helferinnen und Helfer und Vereine. Das ist erfahrungsgemäss wichtig und nötig, damit ein solcher Anlass überhaupt durchgeführt werden kann. Zudem wird ein breit aufgestelltes Organisationsteam benötigt, welches den auch verständlicherweise finanziell entschädigt wird. Hier ist uns aufgefallen, dass dies mit rund 150'000 Franken 50 % der Gesamtkosten des Fests ausmacht. Auf den ersten Blick ist das ein hoher Anteil, umgekehrt muss ich ehrlich sein und sagen, dass ich wenig Erfahrungswerte habe, wie sich dies bei sonstigen grösseren Festen verhält. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat dies geprüft und eben auch als angemessen befunden hat. Zudem gilt es auch zu bedenken, dass sehr viel Freiwilligenarbeit und Freiwilligenstunden geleistet werden, die nicht in die Berechnung einfließen.

Wir haben es gehört, alle sind begeistert, wir ebenfalls. Wir haben anlässlich dieser Begeisterung und auch anlässlich der Höhe des Betrags gefragt, ob mittel- oder längerfristig vielleicht nicht doch ein Rhythmus alle zwei Jahre infrage kommen könnte. Nachdem man die ersten Organisationserfahrungen gemacht hat, kann man nun auf viel Fach- und Erfahrungswissen zurückgreifen, was vielleicht den Organisationsaufwand und die Kosten für künftige Durchführungen reduzieren würde. Natürlich, und dafür haben wir auch Verständnis, müssen auch die Helferinnen und Helfer und Vereine dafür motiviert sein und genügend Kapazitäten dafür haben. Als Gedanke stellen wir das aber trotzdem gern einmal in den Raum.

Ich will mit einem herzlichen Dank an die Organisatoren, Initianten und Helfer schliessen. Ein Frauenfelder Fest tut Frauenfeld gut. Der Stadtrat anerkennt dies und will dies unterstützen, die SP ebenfalls.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Wir haben viel über Zahlen gesprochen und was das alles kostet. Ich möchte es noch kurz auf die andere Seite wenden und vielleicht den Blick auch etwas weiten. Ich finde es etwas schade, dass man nur davon

ausgeht, dass man Kosten hat. Das ist einerseits falsch und andererseits auch etwas kurz gedacht.

Bei der letzten Ausgabe waren geschätzt 40'000 Besucherinnen und Besucher anwesend. Wenn wir konservativ von etwa 20 Franken pro Person ausgehen, dann ist das ein Umsatz, der zu mindestens 90 % lokal anfällt. Lokal für lokale Vereine – Sie kennen meine Verbindungen dahin –, aber auch lokal für das Gewerbe. Die Vereine sind verpflichtet, dem lokalen Gewerbe das Bier abzunehmen, die Verpflegung abzunehmen. Da bleibt fast die komplette Wertschöpfung hier in Frauenfeld. Wenn wir dann noch etwas für das Material rechnen, sind wir pro Person bei einem Ertrag von etwa 10 Franken oder insgesamt 400'000 Franken. Und davon fliessen am Schluss rund 100'000 Franken als Steuern in die Stadtkasse zurück. Das nur nebenbei. Also wenn man sich hier brüstet und findet, man sollte das lokale Gewerbe und die lokalen Vereine unterstützen, das ist ja auch Geld, das von irgendwoher kommen muss, dann ist es einfach nur angebracht, dass man sich hier auch bewusst ist, was das alles bringt. Das wäre mir schon ein Anliegen und das wurde heute viel zu wenig betont.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich leite ein mit meinem Lieblingsartikel. Als Pfarrer bin ich mir das gewohnt bei den Bibelstellen. Aber mein Lieblingsartikel der Gemeindeordnung ist der Art. 2. «Die Gemeinde wahrt die gemeinsamen Interessen und fördert die Lebensqualität ihrer Einwohnerschaft [...]» Abs. 2: «Sie fördert insbesondere unter anderem das friedliche Zusammenleben der Einwohnerschaft.» Das ist ein Artikel, den wir gern immer wieder mal hervorheben müssen, wenn wir uns fragen, ob das unser Auftrag ist. Ja, es ist unser Auftrag, uns auch für das friedliche Zusammenleben unserer Einwohnerschaft einzusetzen. Natürlich können wir uns dann über die Mittel dazu unterhalten, und da werden wahrscheinlich die Meinungen auseinander gehen. Nichtsdestotrotz würde ich Gemeinderat Beda Stähelin widersprechen, wenn er sagt, es ist eine nicht notwendige Ausgabe. Nein, sie ist sogar notwendig. Ich weiss nicht, wie es Ihnen bezüglich Kohäsion oder Zusammenhalt geht. Persönlich habe ich den Eindruck, es ist gut in Frauenfeld. Aber nichts ist einfach nur gut oder bleibt gut, weil man nichts macht. In den letzten Jahren haben wir doch einige Krisen vor allem gesundheitlicher Natur durchgemacht, die uns schon gezeigt haben, dass wir uns für die Kohäsion, also für den Zusammenhalt eben doch einsetzen müssen und dass das notwendig sein kann. Deshalb sehe ich diese Aufgabe durchaus auch als eine notwendige, deren Nutzen für alle durchaus auch empirisch belegbar ist. Empirisch ist sie belegbar in der Erfahrung. Aufgrund meiner Erfahrung, als ich durch die Strassen ging, wir haben es auch von anderen gehört, unter anderem von Reto Brunschweiler, ist es wirklich sehr vielen, breiten Kreisen zugutegekommen, und sie haben mit Freude daran teilgenommen. Deshalb durchaus empirisch belegbar. Vielleicht nicht statistisch oder wissenschaftlich auf sonst irgendeine Art und Weise, das ist möglich, aber empirisch finde ich aufgrund unserer Erfahrung durchaus.

Wir wissen auch und wir schätzen es sehr, dass da auch Partnervermittlung hat stattfinden können. Das freut uns sehr für Gemeinderätin Fäh. Wenn Freiwillige Beiträge in den Folgejahren sprechen, dann können das zum Beispiel solche «Dankesgebühren sein für all das, was Schönes entstanden ist, damit dann die Organisatoren eine grosse Badewanne oder ein Haus für die vielen Batzen aufstellen können. Aber nicht wie Dagobert Duck. Es wurde erwähnt, der badet zwar in Geld, aber nicht, weil er es mit vollen Händen ausgeben kann. Er badet gern darin, weil er es behält. Das ist ja das, was die Organisatoren nicht tun. Sie geben es sinnvoll aus. Ich sage das auch an Christoph Tobler gerichtet, es ist eine angemessene Finanzierung auch derjenigen, die das beruflich oder professionell machen. Sie leisten einen viel höheren Einsatz an Stunden, als sie jemals verrechnen. Also auch da ist es näher beim Ehrenamt als bei Professionalität, darf man sagen. Und wenn wir an frühere Feste in

Frauenfeld in früheren Jahrzehnten oder im ehemaligen Jahrtausend denken, dann wurde seitens Stadtrat sehr viel investiert, auch personell in diese Feste. Es wurde anders finanziert als das Fest, worüber wir jetzt sprechen. Die Steuermittel damals entziehen sich meiner Kenntnis, aber auf jeden Fall wurde sachleistungsmässig sehr viel geleistet, was auch gut war. Aber wir sind jetzt etwas vorsichtiger unterwegs. Ich denke, das ist auch richtig. Der Rhythmus passt, der ist abgesprochen. Die Organisatoren haben das gut mit sich selber einerseits und mit den Vereinen andererseits diskutiert. Ein Zweijahresrhythmus ist zu schnell aufeinander. Nach so einem Fest braucht man auch als OK etwas Verschnaufpause, und auch die Vereine brauchen etwas Verschnaufpause. Ein solches Fest benötigt eine zweijährige Vorbereitungszeit, deshalb ist der Dreijahresrhythmus mit diesem einen Jahr, wo man ein bisschen Abstand gewinnen, geniessen und dann für die nächste Projektierungsphase neue Energie tanken kann, der richtige Rhythmus. Alle vier Jahre, wie andere es vorgeschlagen haben, ist dann wieder zu weit auseinander, dann nimmt dieses Engagement vor allem im OK tendenziell ab. Auch in den Vereinen geht etwas Know-how verloren. Auch deshalb sind drei Jahre die richtige Kadenz, die wir gewählt haben.

Ich finde es gut, wenn die SVP Erbsen zählt, manchmal könnte sie auch welche pflanzen, dann kommt dabei auch etwas heraus. Spass beiseite. Ich denke, wir als Stadtrat schauen schon auch sehr genau hin. Wir haben die Diskussion auch schon bei den letzten Ausgaben intensiv geführt und auch jetzt wieder mit Martina Dumelin und den Vertreterinnen und Vertretern und haben auch intern über die Budgetvorgaben diskutiert. Die Anregungen für freiwillige Beiträge, zum Beispiel Partnervermittlungsbeiträge oder ähnliches hat das OK aufgenommen. Roman Fischer hat es in seinem Votum erwähnt, dass Martina Dumelin das mitgenommen hat als Fragestellung und ein Stück weit auch als Auftrag. Die Art und Weise, wie man es umsetzen möchte, müssen wir dem OK überlassen, die das in unserem Auftrag machen. An dieser Stelle dem OK ganz herzlichen Dank für das grosse Engagement und die sehr gute Organisation im Zusammenhang mit den letzten beiden Durchführungen. Wir freuen uns auf das Jahr 2026 mit der nächsten Durchführung, sofern Sie zustimmen, aber davon darf ich jetzt aufgrund Ihrer Voten doch ausgehen.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 32 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Zum Schluss habe ich noch einige Informationen.

Das traditionelle Fussballspiel zwischen dem FC Gemeinderat und dem FC Stadtverwaltung findet am Freitag, 13. September, auf der Kleinen Allmend statt. Der FC Gemeinderat braucht dringend noch Spielerinnen und Spieler. Bitte meldet euch bei alt Gemeinderätin Severine Hänni.

Die Gemeinderäte Roland Wetli und Tobias Lenggenhager haben eine Interpellation nach Art. 44 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat mit dem Titel «Städtische Landreserve Sonnmatt für preisgünstiges Wohnen und Gewerbeförderung nutzen» eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 18. September 2024 um 18.00 Uhr statt.

Ich danke dem Ratssekretär und seinem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung und der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung hiermit für geschlossen.

Frauenfeld, 21. August 2024

STADT FRAUENFELD
Gemeinderat Frauenfeld

Der Gemeinderatspräsident

Der Gemeinderatssekretär

Hanspeter Gubler

Mathias Frei

STADT FRAUENFELD
Gemeinderat Frauenfeld

Der Gemeinderatspräsident: Hanspeter Gubler

Der Gemeinderatssekretär: Mathias Frei